





# Scheffel kündigt neue Notverordnung an

## Die 3. Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner

Hamburg, 25. Juni. (Fig. Bericht.) Am Sonntagmorgen wurde im Hamburger Gewerkschaftsgebäude die 3. Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner eröffnet. Unter Ausschaltung der demokratischen Mitgliederrechte, mit Ausschluß der Presse usw. hat die Verbandsbürokratie des GdE dafür gesorgt, daß dieser Verbandstag von vornherein ein spießbürgerliches Gepräge erhält und der Verlauf der Tagung durch keinerlei oppositionelle Bewegung gestört wird. Die erwerbslosen Eisenbahner, die am Bahnhof die Delegierten mit entsprechenden Schildern empfangen, wurden von Gewerkschaftsbeamten darauf aufmerksam gemacht, daß sie Schluß und Fragen tragen sollten. Sie erhielten 1 Mark zum Kauf eines Krugens.

Die Aufmachung im Tagungslokal ließ die staatsstreue Gesinnung der Gewerkschaftsbürokratie erkennen: rechts schwarzgoldene Dreiecke, links das Hamburger Wappen, ein rotes Medaillon mit Blumen usw. Zur Eröffnung sprach Scheffel, Klug, Ehrenzeit und Senator Krause vom Hamburger Senat. Von den ausländischen Gästen sprach Edo Jimmen im Auftrag der IFA. Grafmann vom IFAA. führte u. a. folgendes aus: „Seit gestern besteht eine schwache Hoffnung auf die Hilfe Amerikas. Wir wollen nur wünschen, daß uns diese Hilfe zuteil wird. Wir werden auch später noch daran denken, daß gerade in diesen Tagen das Schicksal der Wirtschaft, nicht der kapitalistischen, sondern der Wirtschaft, in der wir leben müssen, auf des Messers Schneide hängt.“

Am Montag gibt Scheffel vom Hauptvorstand einen dreistündigen Bericht. Im Saal herrscht dabei größere Unruhe. Die Delegierten lesen ihre Zeitungen und suchen anderweitige Zerstreuung. Kein Beifall, keine Zurufe. Nur als Scheffel gegen die AGD heft, geben einige Delegierte eine leise Zustimmung. Scheffel berichtet über die „schweren“ Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung. Wenn nichts erreicht wird, dann liegt das an der schweren wirtschaftlichen Lage. Man muß sich damit abfinden.

Er kündigt an, daß zum Herbst eine neue Notverordnung herauskommen wird.

Im übrigen prophezeit er eine dunkle Zukunft. Die Erwerbslosenzahl wird weiter steigen; es sei mit größeren Unruhen zu rechnen. Scheffel beschwert sich auch über die revolutionäre Jugend. Die Jugend wäre so leicht für revolutionäre Erhebungen zu gewinnen, und es wäre ihr so schwer klarzumachen, was auf dem Spiel stünde. Erst später würde die Jugend mal einsehen, was sie an der Republik gehabt habe. Scheffel spricht auch von der Einführung der Invalidenversicherung im GdE. Er möchte diesen neuen Versicherungszweig gern eingeführt wissen; aber das bedeute eine wesentliche Beitragserhöhung, und das werden die Mitglieder nicht ruhig hinnehmen. Auch vom Rückgang der Mitgliederzahl spricht Scheffel.

Der Pressevertreter unseres Hamburger Bruderorgans, der „Hamburger Volkszeitung“, wurde nicht zugelassen, während die bürgerliche Presse frei ein- und ausgehen kann.

# Kampfkongress der Bergarbeiter

## gegen Entlassungen, Lohnabbau und Betriebsterror

Hindenburg. Allein in diesem Jahre wurden bis jetzt etwa 200 Kumpels wegen Arbeitsmangel entlassen. Seit der Zeit, wo der Reformist Schliwa als Betriebsratsvorsitzender gemeinsam mit dem fahstüchtigen Knitter freigesetzt ist, sind haarsträubende Zustände auf der Hedwigwunnschgrube eingetreten. Arbeiter, die als Menschen behandelt werden wollen, werden wegen Arbeitsmangel entlassen, während auf der anderen Seite Arbeiter oft 16 Stunden täglich unter Tage arbeiten müssen, um nur den größten Teufel, der in der Grube vorhanden ist, zu beteiligen. Das Revieramt denkt aber nicht im geringsten daran, diese Ueberwucherungsberei zu beteiligen. Den Kumpel selbst kann man das nicht übernehmen, wenn sie ihr Leben und ihre Gesundheit so leichtfertig auf Spiel setzen, weil auf Grund des Lohnabbaus die Arbeiterklasse sich in einer sehr großen Notlage befindet. Wie raffiniert die Verwaltung ist, kann man daraus erkennen, daß sie so manchem Kumpel, der gezwungen ist, diese Ueberwucherungsberei mitzumachen, nicht mal die 25 Prozent Ueberstundenzulage gewährt.

Weitere Lohnkürzungen und Arbeiterabbau sollen, wie einige Beamte der Hedwigwunnschgrube sich äußerten, in den nächsten Tagen erfolgen. Den Anlaß dazu schaffen die Arbeitsgemeinschaftsverbände, die durch ihre Vereinbarung mit dem Arbeitgeber folgende Regelung in der Lohnfrage getroffen haben:

### Tarifvertrag für ober-schlesische Steinkohlengruben verlängert!

Der Lohnvertrag für den ober-schlesischen Steinkohlengruben ist nach mehrtägigen Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften bis zum 30. September verlängert worden. Ab 1. Oktober ist der Vertrag mit vierzehntägiger Frist kündbar. Der ober-schlesische Tarifvertrag löst noch eine Lohnkürzung in der Hinsicht zu, daß der Unternehmer die einzelnen Gruppen heruntersetzen kann, wobei er bis zu 1 Mark den Lohn abbaut. Der Arbeitgeber wird versuchen, von dieser Bestimmung reichlich Gebrauch zu machen. Die Verlängerung des Lohnabkommens darf die Mobilisierung der Bergarbeiter nicht hemmen; vielmehr muß diese Zeit zur Steigerung der Kampfkraft ausgenutzt werden.

Bergarbeiter der Hedwigwunnschgrube und ihr alle anderen Kameraden der ober-schlesischen Steinkohlengruben, rüffel für die Kampfkongress aller Betriebsräte und Kampfausschüsse am 28. Juni, vormittags 10 Uhr, im großen Saal von Pieske, Hindenburg, Glückaufstraße. Dort gilt es, Kampfschlüsse zu fassen und gegen jeden Lohnraub sofort den Streik zu organisieren und auszulösen.

# Strachotta u. Co. für die Notverordnung und Abbaumaßnahmen des Magistrats

## Die linken SPD'isten suchen Auswege — Rote Betriebsräte, stärker durchgreifen!

In einer Sitzung des Ausschusses der städtischen Abteilung der Städtischen Arbeiterkammer am 22. Juni wurde u. a. Stellung genommen zur Arbeitszeitverkürzung des Magistrats und der Notverordnung. Die oppositionellen Betriebsräte brandmarkten die beschlossene Arbeitszeitverkürzung als Unrecht und zielten klar durch den Inhalt der Notverordnung den ungeheuren Raubbau an den Gemeindegeldern auf. Die oppositionellen Betriebsräte brachten eine Entschließung ein, die sich gegen eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ausspricht, die Senkung der Löhne und den Abbau der Kinderzulagen verurteilt.

In der Aussprache über diese Resolution erklärten Strachotta und seine Lakaien, daß dieses nichts den Betriebsrat angehe, sondern Aufgabe der Gewerkschaften und der politischen Parteien wäre. In der Abstimmung zeigte sich auch, daß sie die getreuen Stützen des Unternehmertums sind, wurde doch diese Resolution gegen die drei Stimmen der roten Betriebsräte abgelehnt.

Für die Staats- und Gemeindegeldarbeiter gilt es, jetzt eine Führung zu schaffen. Diese Führung kann keine andere als die AGD, und die roten Betriebsräte sein. Es gilt, die „linken“ sozialdemokratischen Funktionäre als die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse zu entlarven. Dieses kann aber nur dann geschehen, wenn die AGD-Anhänger Vertrauen auf ihre eigene Kraft haben, wenn man klar und deutlich den Arbeitern sagt, daß die einzige Waffe gegen Lohnraub nur der Streik unter Führung der AGD sein kann. Um die Mehrheit der Arbeiterklasse zu erobern, muß ein roter Betriebsrat im Vertrauen auf die revolutionäre Kraft klar und bewußt als der Organisator des Streiks auftreten. Er hat als Aufgabe vornehmlich die Aufgabe, daß die Arbeiterklasse ohne Streik und ohne Opfer ihre Lebenslage verbessern kann, durch entschlossenes Auftreten und durch eine offene Enttarnung aller „linken“ arbeiterfeindlichen Elemente innerhalb seines Betriebes zu zerstören.

Kollegen Straßenbahner! So sehen eure Interessenvertreter aus. Statt offen und klar die Ziele gegen diese Notverordnung zu zeigen, vertrieben sie sich hinter die betrügerischen Räpchen der SPD, und der Gewerkschaften.

Gemeindegeldarbeiter, am 29. Juni soll nun die Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich durchgeführt werden. Der Breslauer Magistrat erklärt durch Pressemitteilungen, daß es Sache allein des Magistrats wäre, die Arbeitszeit in den Betrieben festzusetzen. Er betont hierbei, daß die Breslauer Gemeindegeldarbeiter nicht darüber mitzubestimmen hätten.

Klassenfeindlichkeit! Hier zeigt sich klar und deutlich die Rolle des arbeiterfeindlichen Magistrats, hier zeigt sich aber auch ganz offen das betrügerische Spiel der reformistischen und christlichen Gewerk-

schaftsbürokratie. 6000 Gemeindegeldarbeiter haben für die 44-Stunden-Woche abgestimmt und sollen am 1. Juli dafür in den Streik treten. Gemeindegeldarbeiter, glaubt diesen Demagogen nicht; ein Kampf kann nur geführt werden unter den von euch selbst gewählten Leitungen!

Legt am 1. Juli die Arbeit nieder für die Forderung der 40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich und für die Zurückeroberung des geraubten Lohnes. Nehmt in allen Betrieben dazu Stellung, wählt Kampfausschüsse, macht auch die städtischen Betriebe freireif!

# Nazis dürfen sich schwer bewaffnen!

## Arbeiter, die in Notwehr handeln, müssen ins Gefängnis — Nun erst recht Solidaritätsaufgebot der Roten Hilfe!

Breslau. Sieben Monate brauchte der Staatsanwalt zur „Aufklärung“ des Waffenarsenals von Jäschlowitz, um für den Freispruch des größten Teils der Angeklagten, oder für die lächerlich geringen Strafen von drei Monaten das notwendige Material herbeizuschaffen.

Geheimbefehle, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß es sich um einen wohl vorbereiteten Aufmarsch, verbunden mit einer Felddienstreife handelt, wurden weder vom Staatsanwalt noch von den Richtern beachtet. Ein großer Teil von Waffen, die nachweislich vergraben sind, wurden als Beweismittel nicht verwendet.

Während man bei Kommunisten jeden Spazierstock als gefährliche Waffe und Beweismittel auf den Richtertisch legt — allein hier in Schlesien sind ungefähr 30 Genossen wegen Vergehens gegen das Waffengesetz, auch dann, wenn nur bei ihnen ein Taschenmesser oder, wie in einem Fall, ein ganz dünner Gummihandschuh gefunden wurde, schwer bestraft worden — ist hier durch das Breslauer Gericht der „verbotenen“ Nationalsozialistischen Partei offen die Erlaubnis zur Bewaffnung gegeben worden.

Selbst eine rote Fahne hat derjenige Landgerichtsdirektor Hünerfeld, für den tausend Stahlhelme und unzählige Schieß- und Stichwaffen eine Bagatelle sind, für eine gefährliche Waffe angesehen und dem Fahnenträger zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Herr von Deifen, der intellektuelle Urheber dieses Aufmarsches, der Verwalter des Waffenlagers, ist als Entlastungszeuge vom Gericht geladen worden.

Selten hat ein Prozeß wie gerade dieser gezeigt, daß die heutige Justiz sich offen auf die Seite der Faschisten stellt. Das gefällte Urteil ist für uns in Schlesien augenblicklich um so bedeutungsvoller, als man 21 Breslauer Arbeiter wegen der Erziehung des Stahlhelmmannes Müller in Haft behält, trotzdem ein Schießwaffenverkäufer

# Reformisten verhöhnern die ausgemergelten Eisenbahner

Am 23. Juni begann auf der dritten Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner in Hamburg die Diskussion zum Bericht des Vorstandes. Auf jeden unbefangenen Beobachter machte die Diskussion den Eindruck, als ob hier eine bestellte Rednergarnitur aufgeführt, sorgfältig ausgesucht nach rhetorischer Begabung und nach dem Grad ihrer Vorstandstreue. Die ständig wiederholte Lobhudelei gegenüber dem Vorstand wirkt geradezu abstoßend. Dabei geben sich allerdings ein großer Teil der Redner Mühe, eine gewisse Wiederleit vorzutauschen und in kleinen, unwesentlichen Punkten Kritik zu üben, um in allen entscheidenden Fragen dem Vorstand zugestimmen.

Der Sprecher der Berliner Delegation erlaubt sich sogar eine ungeheuerliche Provokation gegenüber den kranken Eisenbahnern, indem er erklärt, die „Brüning'sche Krankenlastennotverordnung hat viele Kollegen gesund gemacht“.

Die ganze Tagung steht trotzdem unter dem Einbruch des Vormarsches der AGD, der wie ein Alpdruck auf die Verbandsbürokratie wirkt. Alle Versuche, die Erfolge der AGD zu verkleinern, werden schon dadurch widerlegt, daß eben auf dieser Tagung so viel von der AGD gesprochen wird. Die vierte Brüning-Notverordnung ist ein Blüthen „Mühe mich nicht an“ für den Vorstand und die Delegierten des GdE. Man spricht zwar davon, getraut sich aber nicht, ernsthaft an die für die Eisenbahner so wichtige Frage heranzugehen. Genau wie auf dem Leipziger SPD-Parteitag wird auch auf dieser Tagung wiederholt lebhaft darüber gefächelt, daß die Jugendarbeit gar keine Fortschritte macht, sondern im Gegenteil einen Rückgang aufzuweisen habe.

Die Not der Eisenbahner kommt zwar in manchen Neben sehr kraß zum Ausdruck, wenn z. B. der Delegierte von Durlach davon spricht, daß der durchschnittliche Lohnverlust in den Bahnmeistereien und Bahnwerkstätten 20 bis 30 Prozent betrage, und daß es den Eisenbahnern nicht mehr möglich ist, ihre Familie zu ernähren.

Aber aus solchen Feststellungen werden nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Ein Delegierter aus Sachsen spricht von der Ineffizienz der Funktionäre, die nicht nur allein auf die Tätigkeit der AGD zurückzuführen sei, sondern ihre Ursache darin habe, daß der Verband sich seit 1929 in der Defensive befindet.

Sehr interessant ist auch die Methode, wie die Delegierten zum AGD-Kongreß zusammengehoben werden sollen. Der AGD räumt dem GdE 13 Delegierte ein. Aus finanziellen Gründen sollen nur 10 fahren, davon drei vom Vorstand und sieben aus den Bezirken. Die Wahl findet auf dem Verbandstag selbst statt. Die Gewerkschaftsmitglieder werden also bei der Wahl zu einer sehr wichtigen Tagung vollständig ausgeschaltet.

# Lohnraubverhandlungen für die papierverarbeitende Industrie

Am 24. Juni haben im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen mit den Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern der Papiererzeugungs- und Papierverarbeitungsindustrie stattgefunden. Es handelte sich um die Durchführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Unternehmer und Gewerkschaftsvertreter verknüpfen sich dahin, sich in der nächsten Zeit über die Durchführung der Kurzarbeit ohne Lohnausgleich zu einigen und das Nötige zu veranlassen. Daraufhin sah der Reichsarbeitsminister von dem Erlaß einer Verordnung ab. Die Arbeiter und Angestellten dieser Industrie sind also gewarnt. Bei ihnen soll der Anfang gemacht werden mit dem neuen Lohnraub, und zwar soll ohne Rücksicht auf laufende Tarifverträge die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchgeführt werden. Demgegenüber gilt es, die Forderung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich aufzustellen und dafür mit der Waffe des Streiks zu kämpfen.

# Wieder 70 Arbeiter brotlos gemacht

Waldenburg, 24. Juni. Die Porzellanfabrik J. Schachtel, A.-G., in Sophienau, sah sich infolge des zunehmenden Absatzrückgangs gezwungen, 70 Arbeitern zu kündigen.

# Die Antwort an Brüning

In Hindenburg haben am 22. und 23. Juni 64 Proletarier ihren Streik ausgetreten; darunter sind 14 Frauen und 14 Kinder, sowie 36 Männer. Verband proletarischer Freikämpfer. Ortsgruppe Hindenburg.

# Nazis dürfen sich schwer bewaffnen!

## Arbeiter, die in Notwehr handeln, müssen ins Gefängnis — Nun erst recht Solidaritätsaufgebot der Roten Hilfe!

den Beweis führte, daß die tödliche Kugel, die in den Sachen des Erschossenen gefunden wurde, nicht aus der Waffe stammt, die angeblich im Keller des einen verhafteten Genossen, den man als Täter bezeichnet, vergraben aufgefunden wurde.

Streifen steht unter Belagerungszustand, weil in einem Steinbruch Sprengstoff gestohlen wurde.

Für die Polizei- und Untersuchungsbehörden ist von vornherein klar, daß nur Kommunisten die Täter sein können. Vier Genossen wurden daraufhin verhaftet.

Man will den wirklichen Tätern Zeit und Gelegenheit geben, die Spuren des Sprengstoff-Diebstahls zu verwischen. Nur zu diesem Zweck erlaubt man die Ermittlungen auf Mitglieder der Kommunistischen Partei.

Während die Notverordnungen auf der einen Seite die Existenz der Arbeiter und aller wertvollen Schichten völlig vernichten, die Arbeiter, die Bauern und den Mittelstand dem Hunger und Elend preisgeben, soll die Polizei und die Justiz die ausgebeuteten Schichten am Kampf gegen die Ausplünderung hindern. Unverhüllt denn je zeigt die Justiz ihren Klassencharakter, wird sie mehr und mehr zur Rachejustiz an der revolutionären Arbeiterklasse.

Das Urteil im Jäschlowitzer Prozeß einerseits, die Laufende von Urteilen im letzten Jahre gegen Arbeiter andererseits, zeigen immer deutlicher, daß die heutige Gesellschaft alle die schließt, die in engster Verbundenheit mit dem Kapital stehen.

Werttätige Frauen und Männer! Schmiedet die Einheitsfront aller Werttätigen gegen Brüning- und Preußenregierung! Steht euch ein in die rote Klassenfront des Proletariats! Kämpft mit der Roten Hilfe gegen Klassenjustiz und Polizeiterror! Schafft die Munition zur Unterdrückung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen! Werbt und sammelt für die Rote Hilfe! Unterstützt ihr Solidaritätsaufgebot!



# Breslau

## Schupo schützt die amerikanischen Belange

Acht amerikanische junge Regier sollen in Amerika auf den elektrischen Stuhl kommen. Die Beschuldigungen, die man gegen sie erhebt, sind erlogen und erschwandelt. Die allgemeine Fehlkampagne gegen schwarze Menschen ist in dem „freiesten“ Amerika zum täglichen Sport geworden. (Reiß die „NS.“, die in dieser Woche vieles bringt über die amerikanische Negersche.) Der Proteststurm gegen die Lynchmorde ist in allen Ländern entzündet. Aus Furcht, daß die internationale Arbeiterbewegung die Aktion steigert, wie zur Zeit der Ermordung von Sacco und Vanzetti, schützt die deutsche Polizei die amerikanischen Konsulate. Auch bei uns in Breslau hat man die nötige Schutzmaßnahme getroffen. Ein ständiger Patrouillendienst schützt den Tempel der Dollarherrschaft. — Wir werden uns nicht beirren lassen durch den bewaffneten Schutz der deutschen Polizei.

Die internationale Arbeiterbewegung wird den Mord an den unglücklichen Regern zu verhindern wissen.

## Wer räumt den Stahlhelmdreck weg?

Auf der Brückenaue sieht es seit dem Stahlhelmaufmarsch sehr bunt aus. Die dortigen Wiesen, ein beliebter Sonnenbadplatz der arbeitenden Bevölkerung, sind so verreckt, daß es Zeit wird, hier einmal aufzuräumen. Glascherben, Papier und allerhand Gelumpfe liegen in Massen herum. Die gut bürgerlich erzogenen Stahlhelmer haben wohl daran gedacht, die Proleten zu begeistern, doch daß man auf Ordnung hält, scheint in diesen Kreisen nicht Mode zu sein.

Der Magistrat, der die Empfangsfeierlichkeiten leitete, wird doch auch hier einmal nach dem Rechten sehen. Der Dreck und das Geschrott, welches der Stahlhelm dort auf der Brückenaue ließ, kann man ja dem Heimatmuseum übergeben, als Erinnerung an nationale Tage in Breslau.

## Zeichen der Not

Zwei Raubüberfälle in Breslau

Der gestrige Polizeibericht meldet zwei Raubüberfälle. Der Bauarbeiter L. aus Schwobitz, Kreis Trebnitz, wurde in der Nacht zum 20. Juni auf der Straße Hundsfeld-Schotwitz überfallen und seines Wochenlohnes von etwa 40 Mark beraubt.

Am 22. Juni, gegen 23 Uhr, wurden auf der Magiern-, Ecke Antonienallee Spaziergänger von einem Unbekannten durch Vorhalten eines Revolvers angehalten. Auf die Hilferufe der Angefallenen gab der Unbekannte einen Schuß ab, ohne jemanden zu verletzen, und flüchtete.

Mit der zunehmenden Not muß unweigerlich die Kriminalität steigen. Wenn man den Erwerbslosen die letzten Bettleispennige raubt, zwingt man sie, die Bahn des Verbrechens, nur um ihre elementarsten Bedürfnisse zu beschaffen, zu beschreiten, obgleich wir diesen Weg für falsch halten.

## Bekanntmachung

Wegen Verlegung von Wasser- und Gasrohrleitungen wird die Fahrbahn des Blücherplatzes am Sparassenenbau vom 26. Juni bis 4. Juli für Fahrzeuge aller Art halbsperrig — Nordseite — gesperrt.

## Das köstliche Presseamt meldet:

Die Omnibusse der Linie Bischofsplatz—Hundsfeld werden an Sonn- und Feiertagen von 12 Uhr ab bis zum Gasthaus Wasner in Breslau-Hundsfeld, nahe Reichsbahnhof, durchgeführt. Hierdurch tritt nur infolge einer Veränderung der Abfahrtszeiten ab Endpunkt in Hundsfeld ein, als der Wagen, mit Ausnahme des letzten Wagens, eine Minute früher als bisher vom Fußsteig (Ev. Kirche) abfährt.

# Max Schönfelder

Feinstoff- und Lebensmittel-Großhandlung

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Heute stelle ich

große Mengen Waren zu zeitgemäß sehr billigen Preisen zum Verkauf. Ich nenne aus der Fülle:  
**Netzwurst in Ringen**, extra Qualität, das Pfd. 1,08 M  
 Meine mit größtem Erfolg eingeführte **Pommerische Teewurst** in 1/2-Pfd.-Stücken, das Stück —,78 M, 2 Stück 1,50 M  
**Dauerwurst:**  
 Zerkleinerter in Fettdarm, ganz hervorragende Qualität das Pfd. 1,52 M  
 Zerkleinerter i. Rindsd., prima prima, d. Pfd. 1,46 M  
 Salamiwurst in Rindsdarm das Pfd. 1,48 M  
 Blutwurst in Rindsdarm, hervorragende Qual., das Pfd. 1,38 M

Ferner eine Partie

Delikatess-Badenpied das Pfd. nur —,58 M

Freitag und Sonnabend:

Propaganda-Verkauf

für **Kurschinken**, gefischt, prima Qualität, sehr zart und delikater Geschmack, das 1/2 Pfd. nur —,42 M

Delikatess-Sülze das Pfd. —,40 M

**Molkerei-Tafelbutter**

meine beste Kernware, täglich frisch, das Pfd. 1,38 M

Margarine, fabriksfrisch, in 1-Pfd.-Würfeln, das Pfd. —,37, —,50, —,60, —,65 bis 1,— M

Rindertalg, ganz frische Ware, das Pfd. —,33 M

Delipalmen-Speisefett die 500-Gr.-Tafel —,35 M

Ferner die mit großem Triumph eingeführten

3 **Schlager Käse**:

Marke Parlament je Pfd. 1,80 M

Marke Preußen je Pfd. 2,— M

Marke Deutschland je Pfd. 2,20 M

Die altbewährten Marken je Pfd. 2,40, 2,80, 3,—, 3,40, 3,80 M u. a. m.

Verkauf und Versand nur Albrechtstraße 56.

Sobald eingetroffen:

Die herrlich zarten **Maifische**, prachtvoll delikater Geschmack, das Pfd. nur —,62 M

# Neubaumieter gegen Mietwucher

Schafft euch überall Mieter-Kampfschüsse!

Vor einigen Tagen fand im „Lezten Keller“, Frankfurter Straße, eine Versammlung der Mieter der Stieblung Bepelwitz statt, welche sich mit dem Thema: „Gehalts- und Lohnsenkung — wo bleibt die Senkung der Neubaumieter?“ beschäftigte. Die Versammlung war überfüllt, so daß der Saal die Erschienenen kaum fassen konnte. Nach dem Referat sprach der Genosse Kleinert als Neubaumieter von Bepelwitz und führte aus, daß die Senkung der Neubaumieter auf 100 Prozent der Friedensmiete nur durch den geschlossenen Streik aller wertaktiven Mieter zu erreichen ist. Unser Genosse zeigte auch auf, wie die Kampfzubereitungen zu treffen seien. Die übrigen Diskussionsredner, die gegen den Mietwucher Stellung nahmen, traten gleichfalls für einschneidende Kampfmaßnahmen ein. Es wurde in der Versammlung einstimmig eine Entschließung angenommen, der wir folgendes entnehmen:

„Die am 12. Juni versammelten Mieter der Stieblung Bepelwitz stellen fest, daß durch den ständigen Abbau der Löhne und Gehälter, des Abbaues der Kriegsoffizerversorgung, der Arbeitslosen-, Kranks- und Wohlfahrtsunterstützung sowie aller anderen sozialen Leistungen die Neubaumieter in den Breslauer Stieblungen im Haushalt des einzelnen Mieters zu einem Faktor geworden sind, welcher die wirtschaftliche Tragkraft der breiten Massen der Mieterschaft bei weitem überschreitet. Es entseht die Gefahr, daß breite Kreise der Mieterschaft ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegen-treiben.“

Wir stellen fest: Zur Erhaltung der Existenz, der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen, ist die Erhaltung der gesunden und ausreichenden Wohnung eine der wichtigsten Vorbedingungen. Aus diesem Grunde erheben wir die Forderung: Senkung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete!“

## Wertaktive Mieter!

Die Annahme der Entschließung bringt euch keinen Schritt näher, weil die Sozialdemokraten an die Vorbereitung des Kampfes erster gerechter Forderung nicht denken. Warum müssen sie einem Kampf ausweichen? Weil die Sozialdemokratie durch ihre Reichs-, Preußen- und Kommunalpolitik für diesen Mietwucher die volle Schuld trägt. Sie toleriert die Politik der Brüning-Regierung, die erst durch ihre Nothverordnung vom Anfang Juni 1800 Millionen Mark aus den Taschen der wertaktiven Schichten herauswirft. Die Brüning-Regierung, in der die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß besitzt, ist die festeste Stütze der Brüning-Politik. Und aus allem müssen die Mieter erkennen, daß der Kampf um tragbare Mieten nur unter Führung selbstgewählter Mieter-Kampfschüsse auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes geführt werden kann. Schafft euch überall solche Kampforgane!

## Ein neues Confilmtheater im Westen

In dem früheren Kosmos-Theater, Frankfurter Straße, sind rührige Hände am Werk, um das Theater zu einem modernen Tonfilm-Theater auszubauen. Durch Einbau einer neuen Kinomaschine sowie einer allerneuesten Tobis-Plangfilm-Licht- und Ton-Apparatur wird das Theater auf der höchsten Stufe der technischen Erzeugnisse gehalten werden. Die Eröffnung erfolgt demnächst.

## Achtung, Berlin-Fahrer!

Die Fahrt nach Berlin findet statt. Sonntag, den 28. Juni, vormittags 10 Uhr bei Gardgou, Bergmannstraße 12, Versammlung aller Berlin-Fahrer. Alle Genossen, die sich bei Jellensberg und Berger gemeldet haben, müssen zu dieser Versammlung erscheinen

## Ein neuer Stützpunkt geschaffen

Neumarkt. Die Genossen der Ortsgruppe Neumarkt marschierten am vergangenen Sonntag nach Jülich-Romolwitz. Nach einem Referat des Genossen Abel-Breslau traten 12 Arbeiter der SPD. bei.

Die nächste Versammlung findet Sonnabend, den 4. Juli, statt im „Waldberger'sches Gasthaus“. Wir fangen 20 Uhr an und laden alle unsere Genossen und die, die es werden wollen, ein.

## Blumenhandlung Gustav Goebel

Markthalle II, Stand 138/139  
Spezialität: Trauer-Sachen

## Emil Lüdeck

Breslau, Steinauer Str. 6

## Fleischerei und Wurstfabrik

Brot- und Feinbäckerei

## Marx Neugebauer

Breslau, Westendstraße 19

## Brot- und Feinbäckerei

## Paul Sojowczyk

Breslau, Alsenstraße 4

## Gebr. Nolda

Breslau, Alsenstraße 29

## Fahr- und Motorräder, Radiogeräte

Reparatur-Werkstatt

## Kolonialwaren — Lebensmittel

## Neugebauer & Krumpelt

Breslau, Langegasse 56

## Gut und preiswert kaufen Sie

in der

## Fleischerei und Wurstfabrik

## Otto Einsle

Breslau, Langegasse Nr. 70

## Fleischerei und Wurstfabrik

## Erich Riedel

Breslau, Frankfurter Str. 73

## Fahrräder / Nähmaschinen

## Sprechapparate und Platten

zu bedeutend herabgesetzten Preisen auch bequeme Teilzahlungen bei

Georg Greulich, Hummerie 52

## Arbeiter-Sportkartell Salzbrunn-Adelsbach

Am 28. Juni d. J. findet unser

## Reichs-Arbeiter-Sport-Tag

auf dem Sportplatz in Adelsbach statt. Mannschaftskämpfe, Turnen an Geräten, Massenringen der Radfahrer, Schachspiel für Interessenten, Fußballspiel: Kartellmannschaft Salzbrunn gegen Breslau; Handballspiel Salzbrunn I gegen Sandberg I.

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft des Unteren Reviers Waldenburgs herzlich ein. Der Vorstand.

## Arbeiter-Sportkartell Salzbrunn-Adelsbach

Am 28. Juni d. J. findet unser

## Reichs-Arbeiter-Sport-Tag

auf dem Sportplatz in Adelsbach statt. Mannschaftskämpfe, Turnen an Geräten, Massenringen der Radfahrer, Schachspiel für Interessenten, Fußballspiel: Kartellmannschaft Salzbrunn gegen Breslau; Handballspiel Salzbrunn I gegen Sandberg I.

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft des Unteren Reviers Waldenburgs herzlich ein. Der Vorstand.

## Arbeiter-Sportkartell Salzbrunn-Adelsbach

Am 28. Juni d. J. findet unser

## Reichs-Arbeiter-Sport-Tag

auf dem Sportplatz in Adelsbach statt. Mannschaftskämpfe, Turnen an Geräten, Massenringen der Radfahrer, Schachspiel für Interessenten, Fußballspiel: Kartellmannschaft Salzbrunn gegen Breslau; Handballspiel Salzbrunn I gegen Sandberg I.

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft des Unteren Reviers Waldenburgs herzlich ein. Der Vorstand.

## Arbeiter-Sportkartell Salzbrunn-Adelsbach

Am 28. Juni d. J. findet unser

## Reichs-Arbeiter-Sport-Tag

auf dem Sportplatz in Adelsbach statt. Mannschaftskämpfe, Turnen an Geräten, Massenringen der Radfahrer, Schachspiel für Interessenten, Fußballspiel: Kartellmannschaft Salzbrunn gegen Breslau; Handballspiel Salzbrunn I gegen Sandberg I.

Wir laden die gesamte Einwohnerschaft des Unteren Reviers Waldenburgs herzlich ein. Der Vorstand.

und 6,50 Mark Fohgegeld mitschicken. Die Adressen haben ebenfalls zu erscheinen.

## Stadtteil Nord

Buchkontrolle Montag, den 20. Juni, von 14 bis 21 Uhr bei Salomon, Rosen-, Ecke Oststraße.

## Achtung, Arbeitssportler vom Süden!

Freitag, den 26. d. M., findet im Lokal Hantzke, Friedrichstraße 41, die Gründungsversammlung des NSB. Adler statt. Arbeitssportler, erscheint zahlreich!

## Seht und unterstützt unsere Arbeitermuffler!

Alle Arbeiter treffen sich am Sonnabend, dem 27. Juni, bei der Veranstaltung der Schmelzentabelle „Alt-Schmittig“ im „Preußischen Hof“ in Ostwig. Arbeitssportler, erscheint zahlreich zu dieser Veranstaltung. Eintritt einschließlich Tanz 35 Pfg.

Freier Radio-Bund. Sonnabend 19 Uhr Vortragsabend, Freiheitsgasse 2, 2. Etage. Auskunft und Rat in sämtlichen Rundfunkfragen kostenlos.

Turnsparte „Fichte“. Heute Freitag 19 Uhr in der „Kibitz“ wichtige Besprechungen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

## Aus der Partei

Wegen parteischädigenden, unproletarischen Verhaltens wurde folgende Genossen auf Antrag der Ortsgruppen von der Bezirksleitung ausgeschlossen: Fritz Herber, Slogau; Fritz Kückow, Slogau; Fritz Ludewig, Waldenburg; Jerich, Brieg; Matthes, Brieg; Wenz, Brieg; Grotz, Brieg; Werner, Brieg; Erich Bohn, Dunsau, zuletzt in Neßta.

Bezirksleitung Schlesien der SPD.

## Genosse, wohin ruft dich die Pflicht?

Breslau. Janal-Nord fährt am Sonntag, dem 28. Juni d. J., mit der 1. und 2. Mannschaft nach Kreuzburg und trägt gegen Fichte, Kreuzburg zwei Spiele aus. Fahrpreis (Hin und zurück) 1,50 Mark. Abfahrt erfolgt um 6 Uhr. Treffpunkt 5 Uhr Waterloo-Platz. Teilnehmer, auch solche aus anderen Vereinen, melden sich bis spätestens Sonnabend, bei Sportgenossen Böttcher, Deisenstraße 7, zur Einrichtung des Fahrpreises.

Naturfreunde-Opposition und Arbeiter-Photographen. Sonnabend, 27. Juni, Sonnenwendfeier. Abfahrtszeiten: Radfahrer: 13,30 u. 18 Uhr, Trebnitzer Platz; Bahnfahrer: 18,27 Uhr Hauptbahnhof, 18,38 Uhr Bepelwitz. Sonntagskarte Auras-Hennigsdorf. Am Sonntag: Landpropaganda.

Neumarkt. SPD. Mitgliederversammlung am 3. Juli, 20 Uhr, Lokal „Zur Sonne“. Jeder Genosse muß pünktlich erscheinen! Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle der Kassierung mitzubringen. — Die Ortsgruppenleitung.

## Der Tag der proletarischen Solidarität

Ein wirkungsvoller Demonstrationzug — Der JAG-Gebante marschiert!

Brieg. Der Tag der Internationalen Solidarität gestaltete sich für die hiesige Ortsgruppe zu einem vollen Erfolge. Arbeiter und Gefinnungsfreunde aus der ländlichen Umgebung nahmen daran teil. Gegen 13 Uhr formierte sich ein stattlicher Demonstrationzug, an dessen Spitze eine große Aberschicht marschierte. Auf dem Ringe, wo bereits eine große Menge der arbeitenden Bevölkerung anwesend war, sprach ein Vertreter der JAG-Studentengruppe im Auftrage des Landessekretariats. Anschließend sprach im gleichen Sinne ein Vertreter von Brieg.

Die Demonstration bewegte sich von da durch die verschiedenen Straßen nach der „Villa Rova“, wo im Garten für Unterhaltung für alt und jung gesorgt war. Die Jungpioniere leisteten ihr Bestes und ernteten den Beifall aller Anwesenden.

Der Gebante der Solidarität lebt und wir bauen ihn weiter aus.

Verantwortlich für die 1. und 2. Hauptstelle, Trebins und Lokales: W. Kitzke, Breslau. — Für die übrigen Stellen: Karl Bregner, Berlin. — Für Inserate: Karl Gansdorf, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesiensche Verlagsgesellschaft in B. S., Breslau.

## Kaffeerösterei, Kolonialwaren

## Wilhelm Wollny

Friedr.-Karl-Str. 34, Ecke Westendstr.

## Capitol Strehlen

Freitag bis Montag, 7 u. 9 Uhr

Sonntags 8, 5, 7, 9 Uhr

Komm zu mir

zum Rendezvous

## Inserate

haben in

unserer Zeitung

guten

Erlolg

## „Union“ Einheitspreis 10 Pl. 25 Pl. 50 Pl. L.— Mk.

Vier Einheitspreise: 10 Pl. 25 Pl. 50 Pl. L.— Mk.



# Rund um den Erdball

Das eigentümlich kurze Gedächtnis der Scheuen-Angestellten

## Zögling Krüger: „Alles Schwindel!“

In den Unterleib getreten — Vom Hund gebissen — Mit sandgefülltem Gummischlauch mißhandelt

(Von unserem Sonderberichterstatter)

### 6. Verhandlungstag

Küneburg, 25. Juni. Zu Beginn der Donnerstagverhandlung im Scheuenprozeß stellte Rechtsanwalt Dr. Loewenthal zunächst zahlreiche Beweisangebote, um klarzustellen, daß unter des Menschenkinders Straube seit Jahren die brutalsten Mißhandlungen in Scheuen an der Tagesordnung gewesen seien. Durch Ladung zahlreicher Zeugen wollte Loewenthal beweisen, daß Fürsorgezöglinge und Erzieher seit jeher die Mißhandlungen in Scheuen in der Form geschildert hätten, wie sie in diesem Prozeß in empörender Deutlichkeit gutgeheißt.

Als erster wird der Fall Erich Krüger behandelt. Dieser Fürsorgezögling kam im Herbst 1929 nach Scheuen und wollte sich nicht einleiden lassen. Daraufhin hat Straube ihm das Jodetz vom Leibe gerissen und ihn brutal geschlagen. Dann jagte ihn der Schinder als Lungekranke barfuß durch den Schnee. Selbstverständlich leugnet auch in diesem Fall Straube, Krüger geschlagen zu haben.

Erzieher Manegold, der ebenfalls allerhand Mißhandlungen auf dem Kerkholz hat, will, genau wie der Biebertmann Straube, sich gleichfalls an nichts mehr erinnern können. Ganz offensichtlich verschweigt er alles Belastende gegen seinen Kumpan Straube. Mehrere Zöglinge beschuldigen jedoch Manegold, daß er selbst geschlagen habe und auch davon wußte, daß Straube Mißhandlungen vorgenommen hat.

Rechtsanwalt Loewenthal: Ich muß bitten, daß Manegold seine Aussagen vorsichtiger macht, wenn er nicht mit der Eidespflicht in Konflikt kommen will.



Weltflieger Post und Gatty in Berlin

### Um Peter Kürtens Kopf

Letzte Entscheidung fällt das Preussische Staatsministerium

Wie M. meldet, sind die Akten über den Mordprozeß Kürten dem preussischen Justizministerium nunmehr zugegangen. Entgegen der allgemeinen Ansicht, daß die Entscheidung über eine Vollstreckung des am 22. April gefällten Todesurteils oder aber eine Umwandlung in lebenslängliche Zuchthausstrafe sich reichlich lange hingiehe, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß „mit jeder denkbaren Beschleunigung gearbeitet worden sei.“

Es habe sich aber um ein außerordentlich umfangreiches Aktenmaterial gehandelt, und schließlich hätten vor der Entscheidung noch einmal der Vorsitzende des Schwurgerichts, der Beauftragte für Gnadenfragen, der Oberstaatsanwalt sowie der Verteidiger gehört werden müssen. Die Angelegenheit wird jetzt zunächst im Justizministerium bearbeitet, das für seine Stellungnahme an keine Frist gebunden ist. Die letzte Entscheidung fällt in einer Sitzung des preussischen Staatsministeriums, für die ein Termin noch nicht angesetzt ist.

### Schwere Unwetterschäden in Oberbayern

Das am Mittwochnachmittag niedergegangene schwere Unwetter hat in weiten Teilen von Oberbayern großen Schaden angerichtet. So wurden am Nordufer des Chiemsees acht Ortschaften durch Hagelschlag und wolkenbruchartigen Regen schwer heimgesucht. Die Felder wurden von den Hagelkörnern und Wassermaßen schwer mitgenommen. Die Ernte ist zu 20 bis 50 p. h. vernichtet.

### Schlenenzepf fährt am Freitag nach Düsseldorf

Der Krudenbergische Propellertriebwagen, also der sogenannte Schlenenzepf, fährt am Freitag früh 4.25 Uhr vom Berliner Bahnhof Station, Rennbahn Grunewald, nach Düsseldorf.

Die Zöglinge Bähr und André sagen aus, ebenfalls von Manegold geprügelt worden zu sein. Besonders André schilbert eingehend, wie er von Straube mißhandelt wurde. Brutal wurde er von ihm zu Boden gerissen und in den Unterleib getreten, wobei er noch außerdem von Straubes Hund gebissen wurde. Der Zögling Gustav Krüger beklagt ebenfalls, daß Straube auch ihn oftmals schwer mißhandelt habe. Während er von Straube mit dem Gummischlauch über Kopf, Hals usw. mißhandelt wurde, habe ihn Manegold mit einem sandgefüllten Gummischlauch verprügelt. Als der Menschenkinders wieder versucht, alles zu verdrängen und abzu-

schwächen, verliert der Zögling Gustav Krüger die Beherrschung und ruft erregt in den Gerichtssaal: „Schwindel! Alles Schwindel!“

### Fräulein Knoblauch weiß ebenfalls nichts

Zögling Monika war geflüchtet und am Tage der Revolte nach Scheuen zurückerbracht worden. Als er dem Straube erklärte, daß er nach Berlin zum Jugendamt wollte, wurde er von Straube mit der Hand ins Gesicht geschlagen und beschimpft. Aber Straube weiß von nichts.

Zeugin Fräulein Knoblauch, die in Scheuen angestellt war, kann sich, genau wie die Biebertmänner Straube und Manegold, ebenfalls auf keinerlei Einzelheiten mehr bestimmen. Während sie noch vor dem Untersuchungsrichter feinerzeit aussagt, daß Straube mit Schimpfworten nicht gespart habe, bleibt sie heute dabei: „Ich habe nichts gesehen und gehört.“

Rechtsanwalt Loewenthal: Haben Sie denn Zöglinge einmal geschlagen?  
Zeugin: Nein.  
Dabei steht bereits jetzt schon fest, daß diese Zeugin wenigstens einen Zeugen geschlagen hat.

Die erste Etappe des Weltfluges glücklich geschafft

## Ozeanflieger über Sowjetrußland

Am Mittwoch 8.30 Uhr in Berlin gelandet — Donnerstag früh 7.30 Uhr nach Moskau gestartet

Post und Gatty, die beiden amerikanischen Weltflieger, sind auf ihrem Weltflug in zehn Tagen nach Zwischenlandungen in Chester (Wessex) und Gannover am Mittwochabend 8 1/2 Uhr auf dem Berlin-Tempelhof Flughafen gelandet und haben am Donnerstagfrüh ihren Flug mit dem nächsten Ziel Moskau fortgesetzt.

Die Nacht zum Donnerstag verbrachten die beiden Flieger nach ihrer Landung im Tempelhofer Flughafen-Gebäude. Gegen 4 1/2 Uhr konnte man sie schon wieder an ihrer Maschine bei der Arbeit sehen. Sogar das Frühstück nahmen sie in der Flughallenhalle ein, um gar keine Minute Zeit zu verlieren. Um genau 7.38 Uhr erhob sich das Ozeanflugzeug in die Luft. Begleitet von einem kleinen Sporteindecker entwand es dann nach zwei Runden über dem Flughafen in östlicher Richtung.

### Besorgnis um die dänischen Ozeanflieger

New York, 25. Juni. Die gleichfalls in Harbour Grace zum Flug nach Kopenhagen gestarteten dänischen

Flieger Hüllig und Holris wurden bisher nicht gesichtet. Sie fliegen ohne Radioapparat an Bord. Da sie jetzt bereits über 30 Stunden verschollen sind, hegt man für ihr Schicksal die ernstesten Befürchtungen.

### Schwerer Unfall beim Brückenbau

Beim Bau der Eisenbahnbrücke in Stahlhammer, Kreis Lublin in Polen, stürzte ein Träger in die Tiefe und rief zwei Arbeiter mit sich. Der eine wurde mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus von Tarnowik gebracht, während der andere, der aus sieben Meter Höhe in den Fluß geschleudert worden war, auf dem Wege zum Verbandsplatz starb.

### Vier Tote bei einer Zigeunerschlacht

Bei der Stadt Viktoria in der spanischen Provinz Alava kam es zu einer erbitterten Schlacht zwischen zwei feindlichen Zigeunerstämmen. Vier Tote und mehrere Schwerverletzte blieben auf dem Kampfplatz.

## Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

# Luft als Heilmittel

Neue Heilversuche in Sowjet-Sanatorien zur Tuberkulosebekämpfung

Die Tatsache, daß die uns umgebende Atemluft elektrisch geladen und diese Ladung gespalten in negative und positive Elektrizität ist, wobei jedoch beide elektrischen Pole gebunden sind, hat den bekannten Professor Schigewski dazu veranlaßt, bestimmte Versuche mit der elektrischen Ladung der Luft und ihren Wirkungen auf Lebewesen anzustellen. Die Erzeugung eines künstlichen Ueberstrahles positiver Ladung führte zu einer Hemmung des Wachstums und frühzeitigem Verkrüppeln und Eingehen der Versuchstiere, während die negative Ladung rasches Wachstum, Zunahme der Intelligenz, Erhöhung der Widerstandskraft gegen Krankheiten usw. zur Folge hatte. Künstlich mit Tuberkulose geimpfte Meeresschnecken wiesen keinerlei wesentliche Krankheitsercheinungen auf, solange ein Ueberstrahl an negativen geladenen Zonen in der Luft vorhanden war.

Seit etwa fünf Jahren werden diese Erkenntnisse in einigen Versuchsanatorien der Sowjetunion den Lungentranken Injassen nutzbar gemacht. Die Behandlung mit negativ ionisierter Luft ergab dabei außerordentlich gute Heilergebnisse. Die Kranken erholten sich rasch, bekamen den verlorenen Lebensmut wieder. Die objektiven Krankheitsercheinungen gingen zurück, die tuberkulösen Herde in der Lunge und den anderen Organen verkleinerten sich.

Auch auf die Landwirtschaft wurden diese Versuche ausgedehnt. In einer großen Sowjet-Hühnerfarm wurden etwa 1000 Küden in negativ ionisierter Luft aufgezogen. Nach kurzer Zeit schon zeichneten sie sich durch größeres Gewicht, rascheres Wachstum und viel höhere Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und Seuchen aus. Im allgemeinen war die Sterblichkeit um 70 Prozent geringer als bei den anderen Küden. Ansteckende Krankheiten wurden bei ihnen überhaupt nicht beobachtet.

Offenbar sind durch die negative elektrische Ladung der Luft Bedingungen geschaffen, die für Fortkommen und Entwicklung von Krankheitskeimen außerordentlich ungünstig sind, während sie gleichzeitig für die Entwicklung der höheren Lebewesen besonders günstige Voraussetzungen schaffen. Die Versuche Professor Schigewskis werden in einer Reihe von Versuchslaboratorien, Heilanstalten und Tierzuchtstätten fortgesetzt.

Dr. med. W. Swienty.

### Vererbung künstlicher Verletzungen?

Daß gewisse körperliche Eigentümlichkeiten bei Mensch und Tier vererblich sind, ist allgemein bekannt. Daß aber auch

künstlich gesetzte Veränderungen, wenn sie durch viele Generationen immer wieder vorgenommen werden, schließlich vererblich sind, ist erst neuerdings bewiesen worden. Darüber haben die Professoren Gohweiler und Erhardt interessante Mitteilungen gemacht. Sie beobachteten nämlich bei den Nachkommen künstlich kopierter Hunde gelegentlich das Auftreten von Stummelschwänzen. Diese Eigentümlichkeit wird in etwa fünf Fällen von tausend neugeborenen Hunden wahrgenommen. Sie tritt häufiger bei Hunderrassen auf, die schon lange dieser Verkrüppelung unterzogen wurden, als bei anderen. Ueber die Erklärung dieses Vorkommnisses ist noch keine Einigkeit erzielt worden. Man nimmt neuerdings an, daß durch die Vererbung hindurch gelübte gleichmäßige Verletzung ein starker Reiz auf das Nervensystem — im Schwanz liegt ja der letzte Teil des Rückenmarkes — ausgeübt wird, der schließlich zum dauernden Verlust des Schwanzes führt. Die Weiterführung dieser Versuche und Beobachtungen kann eine ganz ungeahnte Umwandlung in den bisher bestehenden Ansichten über die Vererbung zeitigen.

### Elefanten legen Brunnen an

Tiere und Menschen können viel längere Zeit ohne Nahrung als ohne Flüssigkeit leben. Trotzdem werden in der wasserlosen Wüste gelegentlich Elefantenherden angetroffen. Wie neue Beobachtungen ergeben haben, verstehen es die Tiere, durch Scharren mit den Hufen und Rüsseln das Grundwasser frei zu legen. Sie legen also gewissermaßen Brunnen an.

### Nur weibliche Mücken stachen

Die wenigsten Menschen wissen, daß die männlichen Mücken keinerlei Blutdurst zeigen und sich lediglich von pflanzlichen Säften ernähren. Nur die weiblichen Mücken saugen Blut von Warm- und Kaltblütern. Auch ist es nicht so, daß nur Mückenweibchen, die Nahrung zu sich genommen haben, Eier ablegen können. Denn nur ein kleiner Teil der Mücken findet ja während seiner Lebenszeit Objekte zum Blutsaugen. Tatsächlich ist es so, daß auch die „nüchtern“ gebliebenen Mückenweibchen, die nie in ihrem Leben Blut oder sonstige Nahrung aufgenommen haben, in der Lage sind, entwicklungsfähige Eier abzulegen.



# Waldenburger Bergland Steigende Wohnungsnot in Landeshut

## Sieben Ermittlungen — Der SPD-Fechner hat kein Interesse — Die Stücker der Notverordnungen in der Sackgasse

Landeshut. Wie notwendig die von der Partei und dem Mieter-schutzbund immer und immer wieder geforderte Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft für kleine und mittlere Wohnungen ist, zeigen die überhandnehmenden Klagen vor dem Mietschöffengericht. Nicht weniger als acht Ermittlungen von Familien werden am 1. Juli perfekt werden. Obgleich nach dem Allgemeinen Landrecht die Gemeinden verpflichtet sind, für Unterbringung zu sorgen, denkt der Magistrat nicht daran, Abhilfe zu schaffen. Er bietet im günstigsten Falle eine Unterbringung im — wie behauptet wird — veräußerten Polizeigefängnis an. Die Unterbringung der Möbel kann in den Speichern der Expeditionen erfolgen. Zum Magistrat gehört auch der Dezernent des aufgelösten Wohnungsamtes, der SPD-Mann Fechner. Ihm lag es oh, bald nach Außerkräfttreten der Wohnungsmangelordnung auf Grund des vorhandenen Wohnungselements für Wiedereinführung der Wohnungszwangswirtschaft einzutreten, um so mehr, als der in Pension gehende Bürgermeister als Stadtoberhaupt kein großes Interesse mehr zeigt. Aber auch Fechner hat, genau wie sein Amtsstelle, für die Wohnungsnot nichts übrig. Er ist deshalb danebengeblieben, wenn Schiller in der „Lügenvacht“ seinen Freund Fechner reinwaschen will und dafür einen Kommunisten als das Karnickel hinstellen will. Schiller weiß so gut wie wir, daß Fechner als Leiter des Wohnungsamtes verpflichtet war, die Abwehr des Vorstoßes der Preußenregierung durch Hirtshofer einzuleiten. Er weiß auch ganz genau, daß die sozialdemokratischen Vertreter des Hausbesitzes im Wohnungsamt, die Herren Emil Gläser und Kaufmann Krieg, entsprechend den Anweisungen der Hausbesitzerorganisation a la Pils die Mitarbeit ablehnten. Schiller weiß auch, daß die Vorleser, ebenfalls von den Sozialdemokraten gebilligte Notverordnung die Erbschaftsteuer befreite. Also: mehr Ehrlichkeit, Herr Schiller!

Die Auswirkungen der Notverordnungen zeigen sich auch auf diesem Gebiete. Mehr denn je müssen unsere Genossen in den Mieter-

schutzorganisationen Stellung nehmen zu diesen Dingen. Die SPD als Stütze dieser Hungerverordnung, läßt ihre Opfer im Stich. Wir organisieren die Abwehrfront aller Notleidenden!

### Heraus zur Sonnenwendfeier in Nieder-Salzbrunn!

Am Sonnabend, dem 27. Juni, veranstaltet der Kommunistische Jugendverband in Nieder-Salzbrunn eine proletarische Sonnenwendfeier. Antreten zur Demonstration um 19 Uhr an der Endstation. Die verfügbaren Genossen der Partei und des Kampfbundes sollen sich möglichst reiflich beteiligen und für zahlreichere Beteiligung der Arbeiterklasse, besonders der Jungarbeiter, Sorge tragen! Referent ist der Genosse Seemann, Breslau.

KPD, Unterbezirk Waldenburg.

SPD, Unterbezirk Waldenburg.

Kampfbund gegen Faschismus, R!

### Königszell

#### Die SPD ladet zu einer Grafenrede ein

Die „Bergwacht“, das Organ für Schwachbegabte, rief zum Dorffest nach Neudorf auf. Diese eifrige Propaganda der SPD-Zeitung hatte nicht nur zur Folge, daß das behäbige Bürgertum angewandelt kam, sondern es fand sich auch einer der „Edelsten der Nation“ ein. Graf von Kaiserling ließ eine Rede vom Stapel, die nur so von „kaiserlicher Hoheit“ spritzte. Am Schluß gab es dann das übliche „Neben alles in der Welt“.

Für solchen Ammel macht die SPD-Propaganda. Jetzt können noch die Grafen, Fürsten usw. Feste feiern von den Steuergrößen der Arbeiter. Wir sorgen dafür, daß diese Feiern bald verschwinden!

## Niederschlesien

# In deutscher Landwirt spricht über die Sowjetunion

### Ein Landwirt Spiller schildert Rußland als das Land der Gerechtigkeit Die bürgerliche Presse geifert!

Franzstadt. Der Diplom-Landwirt Spiller lehrte von einer längeren Studienreise nach der Sowjetunion zurück. Ueber seine Eindrücke sprach er in einer öffentlichen Versammlung in Franzstadt. Seine Rede war eine volle Anerkennung des russischen Aufbaues, der unter Führung der KPR vor sich geht.

Die riesenhaften Neubauten, die Errichtung von Speisestätten, die ausgezeichneten sozialen Einrichtungen sind der deutsche Landwirt mehr als gewaltig. Alle Lügen und Verleumdungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse wurden durch die Ausführungen des Redners zerlegt. Besonders imponiert hatte dem Vortragenden der ungeheure Eifer und die intensive Schaffensfreudigkeit der russischen Arbeiter und Bauern. Die alte Lüge von den Religionsverfolgungen widerlegte der Redner durch die selbst geschilderten Tatsachen. Wer das Bedürfnis hat, in der Sowjetunion seiner Religion zu dienen, kann das tun wie er will. Der Besuch in vielen Gotteshäusern Moskaus oder Leningrads überzeugte den Vortragenden davon, daß der Ausübung der Religion kein Zwang auferlegt wird; trotzdem steht das sittliche Niveau in dem neuen Rußland auf einer außerordentlichen Höhe. Die Gehälter der staatlichen und kommunalen Beamten betragen höchstens 300 Rubel monatlich. Dort gibt es nicht Gehälter mit astronomischen Zahlen, wie vielleicht in Deutschland.

Das Verhältnis in der roten Armee zwischen Offizier und Rotarmist ist ein inniges; der eine steht in dem anderen den Kameraden und Berater. Auf Grund ausgezeichneten Bildungsniveaus erreicht der Rotarmist die Bildungshöhe eines deutschen Schullehrers. Der Referent sprach auch noch von vielen anderen Dingen, die wir hier nicht alle aufzeichnen können.

Gegen diese Versammlung und besonders gegen den Referenten klappt nun die bürgerliche Presse, allen voran die nazistische „Neue Glogauer Zeitung“, Sturm. Der Verfasser dieses Schmutzlibels ist ein Nationalsozialist mit Namen K. Derselbe hat in seinem Spagener Blatt eine ungeheure Revolution veranstaltet, um eine volentische Abhandlung über die Revolutionsvergangenheit zu bringen. Zuerst meint der Nazi-„Journalist“, daß der Landwirt Spiller nur „Potemtschische Dörfer und Städte“ geschaut habe. Diesen etwas alten Witz soll doch der Berichterstatter aus der Nazi-Wuff-Partei für sich behalten. Dann müßte schon halb Rußland Potemtschische Dörfer sein. (Der Referent war doch fast überall.) Die Speisestätten findet der deutsche Spießer natürlich als sehr profan. „Die deutsche Frau gehört an den Kochtopf, gehört Kinder, ist fromm und gottesfürchtig, während der Mann die Weife raucht, Bier trinkt und Salat brüht.“ Armer deutscher Sauerkrautspießer!

Soll nicht mit der fortschreitenden Technik, die im sozialistischen Staate die Arbeitszeit verkürzt und das Leben des Arbeiters erträglich gestaltet, auch die Frau von ihrer Kladdernei am Waschtübel oder Kochtopf befreit?

Doch diese auswendig gelernten Sprüchelein aus dem Programm der NSDAP von der Stellung der deutschen Frau, dazu noch die Zwangsgeschwänze der „Heitrufer“ im Reichstag haben den Berichterstatter etwas verwirrt.

It schon die Stellung dieses „deutschen“ Mannes gegenüber der Frau nach dem Sprichwort: „Ich bin der Herr, dein Gemahl“, so findet er eine hochstehende russische Moral und Sittlichkeit als unmöglich. Schon möglich, ihre Zweifel, Herr Nationalsozialist; denn bei den Nazis ist trotz aller christlichen Ergebenheit in den höchsten Epochen eine „schwüle“ Atmosphäre. Der militärische gemeinsame Feldgottesdienst garantiert immer ein gutes propagandistisches Bild, doch keine innere „Moral“. Ihr seid aber eine neue Wäute auf dem alten nationalen Sumpf Kapitalismus. Dann laßt der Potemtschische etwas von „deutscher Arbeit und Fleiß“, deutsche Männer usw. Diese Titaden kann er sich sparen, denn sie bezeichnen einen jeden so Redenden als weltfremden Menschen. Für uns gibt es keine

Deutschen, Russen, Franzosen usw. Wir teilen die Menschheit in zwei Teile:

### Ausgebretete oder Ausbenter!

Die Kluft zwischen beiden ist riesengroß und nicht zu überbrücken mit nationalen Redensarten. Der Begriff Nation ist für uns nur ein relativer Begriff, solange die arbeitenden Angehörigen derselben einen Spielball bedeuten in den Händen der nationalen oder internationalen Bourgeoisie. Produktion und Absatz, das ist die ökonomische Grundlage, die die jeweilige Angehörigkeit ganzer Volksteile zu einer Nation bestimmen. Hitler verzichtet großzügig auf Subtilität, weil er seine politischen Belange bei „Mussolini“ als gesichert betrachtet. Wie anders löst die UdSSR die nationale Stellung der verschiedenen Stämme. Jedes Volk wird in seiner Eigenart, Sprache, Sitten, Gebräuchen geschützt. Die deutsche Volkrepublik hat deutsche Zeitungen, deutsche Schulen, eigene Sowjets usw.

Der Herr Berichterstatter K. hat mit seiner Polemik das alte Lügengewebe über die UdSSR wieder spinnen wollen. Diese Zeit ist endgültig vorbei. Millionen deutscher Arbeiter erkennen den Weg, den die Sowjetunion geht und wissen, daß dieser nur der richtige ist auch für uns.

Wir fordern den zu lächerlichen K. öffentlich zur Diskussion heraus in einer öffentlichen Versammlung, deren Zeit der Stattdindung er selbst bestimmen kann.

### Görlitz

## 300 000 Funktionäre in Staat und Gemeinden werden den Sozialismus verwicklichen

Das ist das Motto der Sozialdemokratie

Görlitz. Wie diese bezahlten Knechte der kapitalistischen Republik die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, davon ein Beispiel vom Arbeitssam Görlitz. Der Vorsitzende, derselbe, der ehemalige Metallarbeiterkollege Mühl ist der beste Befürworter der Notverordnungen. Dieser Tage wurden verschiedene Fälle vor dem Spruchsausschuß verhandelt. Unter anderem ein Fall, wo ein älterer Kollege, welcher sich selbst um Arbeit bemühte, diesem eine Sperre von neun Wochen verhängt.

Dagegen legte er Verurteilung ein und er wies nach, daß er die Arbeit nicht annehmen konnte, da er nur leichte Arbeit verrichten kann. Beweis war das Zeugnis des Kreisrates Dr. Saubert. Trotz dieser Tatsachen erklärte der Vorsitzende Mühl, seines Zeichens Sozialdemokrat, daß er bestraft werden müßte.

Es wurden ihm drei Wochen Sperre aufgehängt. Hier zeigt sich die soziale Seite der von der SPD im Staate amtierenden Funk-

## An die Schachtgruppen und Ortsverwaltungen des Verbandsbezirks Waldenburg!

Am Sonntag, dem 28. Juni, vormittags 9 Uhr ist in der Stadtbrauerei Waldenburg die

### Konferenz der Schachtdelegierten.

In dieser Konferenz müssen teilnehmen alle Funktionäre des VBB, die Kampf- und Solidaritätsausschüsse. Niemand darf unentschuldig fehlen. Die Bezirksleitung.

tionären. Mit solchen Funktionären ist der Staat sehr zufrieden, und darum auch die Angst dieser Herren von Arbeitervertretern, den Kampf gegen die Notverordnung zu führen. Arbeiter, lernt aus diesen Dingen, daß es notwendig ist, in geschlossener Front den Kampf zu führen gegen alle Volkseinde, die die Ausplünderung stützen und vollziehen.

## Die Dorfbevölkerung in der antisozialistischen Front

Seibsdorf. Die antisozialistische Rundgebung am vergangenen Sonntag war ein voller Erfolg. Fröh 6 Uhr war Beiden durch das fünf Kilometer lange Dorf. Das Platzkonzert in der Mittagspause, ausgerichtet von der örtlichen Kapelle, lud viele Neugierige an. Die nachmittags demonstrierte war 350 Mann stark. Auf dem Sportplatz fand eine gutbesuchte Rundgebung statt. Der Genosse, die in Görlitz eingeleitet sind, wurde ein Begrüßungstelegramm geschickt. Die sonst so großmütigen Nazis haben sich nicht sehen. Ein paar Wichtigtuer von dieser Sorte wurden zurückgestuft. Von der SPD war kein Schwanz zu sehen. Ein paar Lauscher hatte man zwar geschickt, um Bericht zu erheben. Arbeiter und Kleinbauern von Seibsdorf, vertritt die Front des kämpfenden Proletariats.

### Liegnitz

## Schwerer Betriebsunfall bei Pfaffenarbeiten Breslauer Straße

Am Mittwoch, dem 24. Juni, wurden dem Führer der Dammmaschine mehrere Finger abgequetscht. Die ungeheure Antreibkraft, die bei solchen Arbeiten immer herrscht, erzeugt stets neue Unfälle. Nur eine energische Betriebsvertretung unter Leitung der KPD sorgt für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen bei der Arbeit.

### Glogau

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit

### Ortsgruppe Polkwitz

Sonntag, dem 5. Juli, Werbeveranstaltung.

### Programm:

- Um 14 Uhr Sammeln auf dem Reitplatz zum Umzug durch die Stadt, unter Mitwirkung der Schalmeyerkapelle der Arbeiter-Musikvereinigung Glogau.
  - Um 15 Uhr Konzert im „Schützenhaus“-Garten, währenddem Preisregeln, Freischießen, Verlosung und Ansprache über den Zweck der Veranstaltung. Es spricht Kriegsbekämpfter Bruno Schilling, Raudten.
  - Um 19 Uhr Tanz (Lanz 5 Pfg.). Eintritt 10 und 20 Pfg.
- Ankunftsstelle des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Polkwitz, bei Genossen Franz Elsner, und Albert Strecken in Palkwitz, Pflanzgarten Bahnhofsstraße.

### Greifenberg

## Die Frau als Freiwillige des Nazimannes

Fleischermeister Kette, Bahnhofstraße, in Mitglied der Nazi-Partei und Herbergswater für obachtlose Faschisten. Die erwerbslosen Proleten werden von ihm als „arbeitscheues Gesindel“ bezeichnet. Der Fleischermeister selbst steht aber mit jeglicher Arbeit auf dem Kriegsfuß. Seine Frau und die Geiseln müssen das Schaffen besorgen. Es ist ja auch begreifbar, das Geld mit Nazi-Freunden in allen möglichen Weisen anzulegen. Bei einer Auseinandersetzung mit seiner Frau verprügelte er dieselbe mit einem Ochsenziemer. Solche Liebesbezeugungen sind nicht einzeln, sondern der Nazi-Führer unternimmt sie sehr oft. Seine Frau zog es vor, nicht mehr mit dem Anwärter zum Dritten Reich zusammenzugeben, sie verschwand. Solche brutale Menschen sind die Lieblingsfiguren Dilers, der ja „Schlagende“ und schlafende Frauenzüchter braucht.

## Der „Papstfilm“ teilweise geklaut

Greifenberg. In Greifenberg und Umgebung sollte der Film „Pius XI.“ vorgeführt werden; doch der Mensch denkt — und in dunkler Nacht passieren oft sehr seltsame Dinge. 35 bis 40 Meter wurden in Greifenberg aus dem Film geklaut, dabei noch ein solch wichtiger Teil, daß er die Vorführung des gesamten Streifens unmöglich machte. Die Greifengerger Katholiken sind erschüttert. Wenn schon das Eigentum des Stellvertreter Gottes auf Erden nicht mehr unter dem Schutze des Allerhöchsten steht, — dann — der Gedanke ist nicht auszubedenken. Ob hier nicht eine direkte Anweisung aus Moskau vorliegt? —

### Königszell

## Achtung! Gegen die Hungerdiktatur!

Heraus zur öffentlichen Versammlung am Sonnabend, dem 27. Juni, 20 Uhr. Es spricht der von der SPD zur KPD übergetretene Redakteur Genosse Döring. Eintritt in Massen!

### Versammlungskalender

Freiburg. Ortsauschuß des UDB. Alle Gewerkschaftsmitgliedern beteiligen sich am Sonntag, dem 28. Juni, am „Zeit der Arbeit“. Alle Mitglieder, männlich wie weiblich, nehmen am Demonstrationzug teil. Sammeln: 13,15 Uhr bei der Siedlung in Pflanzung, Blücherstraße.

Gottesberg. Schalmeyerkapelle. Sonntag, 28. Juni, fällt die Hebungsstunde aus, dafür treffen sich alle Spieler vom Oberen Revier um 9,30 Uhr bei der Endstation Nieder-Hermsdorf zum Sportturnier in Nieder-Salzbrunn. Die Spielleute vom Unteren Revier müssen um 11 Uhr bei der Endstation Nieder-Salzbrunn sein. Es wird sich notwendig machen, daß sich jeder Genosse etwas Essen mitbringt. Jahrgeld erhält jeder Genosse in Nieder-Salzbrunn.

Reizheim. Arbeiterjamariter-Kolonie Weizheim. Sonntag, 28. Juni, 12,30 Uhr, sammeln sich alle aktiven Mitglieder am Feuerwehrturm zur Teilnahme am Reichs-Arbeiter-Sporttag. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwünscht.

# Schafft Munition zur Unterstützung

## der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen!



# Schwächen an einer wichtigen Front

## Was bedeutet der Brief der K.G.S.?

Die Rote Gewerkschafts-Internationale hat an die deutsche K.G.S. einen Brief geschrieben, dessen Inhalt von allergrößter Bedeutung für die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft ist. Wir nehmen darum Gelegenheit, diesen Brief im Wortlaut unseren Lesern bekannt zu machen. Was bezwecken wir mit dem Abdruck dieses Schreibens, in dem sehr energisch der Mangel der Arbeit der K.G.S.-Mitglieder auf der innergewerkschaftlichen Front getadelt wird, und in dem gesagt wird, daß „dieser Zustand keinen Augenblick länger mehr gebuldet werden darf.“ Wir wollen, daß jeder mit der revolutionären Bewegung sympathisierende Arbeiter hört, daß unsere bisherige Arbeit, so große Erfolge sie auch im allgemeinen gebracht hat, an einer wichtigen Stelle schlecht und fehlerhaft ist. Die Kommunisten können nicht dulden, daß ein solcher Zustand in der revolutionären Bewegung besteht. Darüber hinaus sollen aber auch jene oppositionellen Arbeiter, die noch bei der Sozialdemokratie oder bei den Christen organisiert sind, kennen lernen, daß wir keine Hindernisse für die Entwicklung der revolutionären Bewegung dulden.

Das ist um so notwendiger, als gerade gegenwärtig Millionen Arbeiter und Angestellte in Opposition geraten gegen die ungeheure Notverordnung, die die reformistische Politik der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer. Diese Millionen Arbeiter wollen gegen die arbeiterverräterische Politik ihrer Führer ankämpfen. Aber viele oppositionelle sozialdemokratische Arbeiter sind noch des Glaubens, daß an der Spaltung der Gewerkschaften und an der Bildung von roten selbständigen Verbänden nicht die reformistischen Verräter in den Instanzen der Verbände schuldig seien, sondern die K.G.S. Es wäre gedankenlos, wollten wir nur feststellen, daß sich diese Arbeiter dabei in einem großen Irrtum befinden, daß sie das Opfer des Betruges der reformistischen Gewerkschaftsführer sind. Wir müssen vielmehr erkennen, daß dieser Irrtum durch unsere mangelhafte Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften nicht schnell und gründlich zerstört wird. Die Mauer des Unverständnisses breiter oppositioneller Arbeiterschichten gegenüber unserer revolutionären Gewerkschaftspolitik muß aber niedriger werden, damit wirklich zwischen ihnen und uns die revolutionäre Einheitsfront zum Kampf gegen den Kapitalismus möglich wird.

Aus all dem geht schon hervor, daß der K.G.S.-Brief nicht eine falsche Linie in unserer Gewerkschaftsarbeit korrigieren will, also einen Kurswechsel einleitet, sondern daß er die richtige und bessere Durchführung der beschlossenen richtigen Linie von uns fordert. Was die Gnomen aus dem Brandt-Lager in den Brief der K.G.S. hineingeheimnisten oder was die Königein aus dem A.G.B. von einer „neuen Schwärzung auf Moskaus Befehl“ schwindeln, läßt uns fast, weil es für die Entwicklung der revolutionären Bewegung ganz bedeutungslos ist. Schon die Tatsache allein, daß die Reichskonferenz der K.G.S. am 20. und 21. Juni einstimmig und mit größtem Ernst beschloß, den Brief der K.G.S. der breitesten Öffentlichkeit zu unterbreiten, zeugt dafür, daß die K.G.S. in ihrer Gesamtheit den K.G.S.-Brief als das nimmt, was er ist, als den ernststen und kameradschaftlichsten Einfluß, einen Mangel bei uns zu beheben. Wie wenig der Brief der K.G.S. in einem Gegensatz zu den Beschlüssen des 5. K.G.S.-Kongresses über die Schaffung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland steht, im Gegenteil, mit ihnen übereinstimmt, das beweisen folgende Sätze aus den Beschlüssen des 5. K.G.S.-Kongresses:

„Der Kongress bekräftigt die Beschlüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands auf Streichung der Parole: „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften!“, wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der K.G.S. aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist.“

Jeder kann aus diesen Sätzen erkennen, daß gerade die stärkste innergewerkschaftliche Arbeit ein unternehmender Bestandteil der „neuen Linie“ ist. Die K.G.S. ist das organisierte Zentrum der sich entwickelnden selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Sie denkt gar nicht daran, den Versuch zu unternehmen, auf mechanische Weise, logisch eine Konkurrenz- oder Nebenorganisation zum A.G.B. zu bilden. Ihre Aufgabe ist es, alle Arbeiter zum Klassenkampf unter ihrer Führung zu vereinigen.

Die K.G.S. besteht aus drei Teilen von revolutionären Arbeitern, solchen, die Mitglieder in den reaktionären Verbänden sind, solchen, die schon in selbständigen Verbänden vereinigt sind, und drittens aus gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitern, die die Plattform der K.G.S. angenommen haben und gewillt sind, sich einer einheitlichen revolutionären Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Die K.G.S. vereinigt alle diese Kräfte zum Zwecke der selbständigen Organisation und revolutionären Führung der Wirtschaftskämpfe. Die K.G.S. kann gar nicht verzichten auf die Arbeitermassen in den reaktionären Verbänden, weil diese mit zu der Mehrheit der entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse gehören, die erobert werden müssen, um die Voraussetzungen zur Überwindung des Reformismus und des Sieges über den Klassenfeind zu gewinnen.

Darüber hinaus haben aber alle von der K.G.S. bisher angeführten und geführten Kämpfe gezeigt, daß es unumgänglich notwendig ist, die reformistisch organisierten Arbeiter dem ideologischen Einfluß und der organisatorischen Gefolgschaft der reaktionären Verbände zu entreißen. Nur dadurch wird das organisierte Streikrecht zum Siege gemacht und die Siegeschancen für die Arbeiterklasse erhöht. Unsere Gegner können versichert sein, daß es für uns nur dieser einen Mahnung der K.G.S. bedürfte, um den Mangel in unserer revolutionären Gewerkschaftsarbeit gründlich zu korrigieren.

Hier handelt es sich nicht um die Annahme einer neuen Linie. Schon auf dem Kongress des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale sagte Genosse Ernst Thälmann:

„Die Entwicklung der K.G.S. unser Kurs auf die Bildung neuer Verbände und vor allem unser energischer Kurs auf die Durchführung von Streiks ist auf das engste verbunden mit der Bekämpfung, systematischen Vertreibung unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Hier liegt in der Oppositionsarbeit unverzichtliche Schwächen eingetret.“

Diese Zitate zeigen wohl mit genügender Deutlichkeit, wie falsch es wäre, der gesamten Arbeit der K.G.S. der Herausbildung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften gegenüberzustellen. Die Arbeit für die K.G.S. und die Arbeit innerhalb der reformistischen Verbände, ja das systematische Eindringen in die christlichen und nationalen Organisationen, um in ihnen revolutionäre Massenerziehungsarbeit zu leisten, sind Glieder ein und derselben Kette. Es handelt sich nicht um einen Kurswechsel, sondern um eine gewissenhaftere und energiegeladere Durchführung der Linie des 5. K.G.S.-Kongresses.

# Eine halbe Milliarde Steuerrückstände der besitzenden Klasse

Nach einer Uebersicht des Reichsfinanzministers läßt der ständige Rückgang im Steuerertragsauskommen an. Bemerkenswert ist vor allen Dingen die Tatsache, daß die Beförderungsteuer um 31 Millionen hinter dem angelegten Steuereinkommen zurückgeblieben ist. Auch die Umsatzsteuer ist um etwa 25 Millionen Mark nicht eingekommen. Die Kapitalisten sind mit über einer halben Milliarde Mark im Steuerrückstand, der ihnen entweder gestundet oder gefischt wird. Dafür läßt sich dann der Fiskus bei den Werttätigen schablos, bei denen man rücksichtslos Abzüge macht oder den Verlehrsollstcher ins Sans schickt.

## Brünnings Systemwechsel wird „gesetzlich verankert“

Im Sächsischen Landtag wurde angefragt, ob es wahr sei, daß die Reichsregierung mit Unterstützung der Preußenregierung im Wege der Notverordnung eine Verfassungsänderung (richtiger müßte es heißen, einen Verfassungsbruch) bringen wolle. Die sächsische Ministerpräsident wußte angeblich von nichts. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weiß aber bereits zu berichten, daß bei Brünnings ursprünglicher Absicht bestand, in seiner Rundgebung zur Notverordnung auch die Absicht der Reichsregierung mitzutheilen, die Reichsreform in Angriff zu nehmen. Durch den Widerspruch des Reichspostministers Schädel, der die bayerischen Sonderinteressen vertritt, wurde das im letzten Augenblick verhindert. Die „D.A.Z.“ bemerkt ausdrücklich, daß die Pläne der Reichsreform nach wie vor von der Reichsregierung verfolgt werden. Sie sollen auch bei einem Empfang süddeutscher Vertreter in der Reichskanzlei, der am vergangenen Mittwoch stattfand, besprochen worden sein. Wenn man dazu noch erfährt, daß zu den bayerischen Vertretern der berühmte Orgesch-Forstater Escherich und der Bischof von Speyer gehörten, dann weiß man bereits, mit wem sich Brünnings verbündet, um über die Reichsreform seinen faschistischen „Systemwechsel“ durchzuführen.

## Gllavenarbeit mit Studenten als Antreiber

Auch in Baden ist man eifrig dabei, den „freiwilligen Arbeitsdienst“ zu organisieren. Man will dort Arbeitsdienstkolonien einrichten und Studenten zur Leitung der Organisation wie als Aufseher heranziehen. Es sollen sogenannte Arbeitsdienstkolonien gegründet werden, wo die Arbeitslosen unter Aufsicht der Studenten Erarbeiten durchführen sollen. Es ist bereits ein „Studentisches Amt für Arbeitsdienstkolonien in Baden“ gebildet worden, das die Oberleitung der Kolonien haben soll. Die Mittel für die Organisation sollen durch Gelder der Arbeitslosenversicherung und durch Aufschüsse der bürgerlichen Regierung aufgebracht werden.

Es wird immer schöner. Man will die Arbeitslosen zwingen, unter der Aufsicht von faschistischen Studenten, die wie einst die Unteroffiziere und Feldwebel der kaiserlichen Armee sich als Drillmeister betätigen, Sklavenarbeit zu verrichten. Obendrein sollen die Gelder für eine derartige militärische Organisation noch von den Arbeitern in Form der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden.

## Neue Lasten

Wie der Londoner „Daily Telegraph“ meldet, haben die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank und die B.N.B. beschlossen, vom 26. Juni ab der Reichsbank einen Kredit von 160 Millionen Dollar bis zum 16. Juli zur Verfügung zu stellen, um es der Reichsbank zu ermöglichen, ihre am Ende des Monats fälligen Zahlungspflichtigkeiten zu erfüllen. Jede der vier Banken beteiligt sich mit einem Viertel. Das ist die Rehrseite der Hoover-Aktion. Bevor sie überhaupt in Kraft gesetzt wird, haben wir zuerst einmal wieder für diesen Kredit neue Zinslasten zu tragen.

## Böb kauft sich ein Schloß in der Schweiz

Die Schweizer Blätter melden, hat der ehemalige Oberbürgermeister Böb von Berlin das Schweizer Schloß „Gottlieben“ bei Konstanz gekauft. Er kann es sich ja auch leisten, weil ihm die Berliner Stadtverordneten gegen den Antrag der Kommunisten die Riesenpension von jährlich 28 000 Mark bewilligt haben. Seine „Lieben Berliner“ mögen sich weiter mit Not und Elend herumplagen, er hat es geschafft. In diesem Zusammenhang muß man wieder einmal daran erinnern, daß nach den Mitteilungen des Reichstagsabgeordneten Raab von der

schichten gegenüberzustellen. Die Arbeit für die K.G.S. und die Arbeit innerhalb der reformistischen Verbände, ja das systematische Eindringen in die christlichen und nationalen Organisationen, um in ihnen revolutionäre Massenerziehungsarbeit zu leisten, sind Glieder ein und derselben Kette. Es handelt sich nicht um einen Kurswechsel, sondern um eine gewissenhaftere und energiegeladere Durchführung der Linie des 5. K.G.S.-Kongresses.

Bei der gegenwärtigen Lage, wo die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer die Brünningsche Diktaturpolitik gegen das arbeitende Volk völlig unterstützen, sind die besten Voraussetzungen für die Mobilisierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die revolutionäre Politik gegeben. Diese Aufgabe werden die Kommunisten und K.G.S.-Anhänger gemeinsam innerhalb der Gewerkschaften erfüllen.

Deutschen Volkspartei deutsche Kapitalisten allein in jährlich rund 1800 luxuriöse Villen haben. Das nach der Schwere verschobene deutsche Kapital wird auf etwa 10 Milliarden geschätzt, das ist fünfmal so viel, als durch die Notverordnung dem werttätigen Volk durch Fröning subskribiert wurde.

Vor einiger Zeit schrieb die schweizerische Metallarbeiterzeitung über das Verhalten der deutschen Profitpatronen in der Schweiz:

„Das deutsche Kapital macht nach wie vor riesige Gewinne, die aber flug verstedt werden. Der Ausländer erhält einen Begriff, wenn er in fremden Kurorten die Inflation deutscher Kapitalisten betrachtet, die oft einen Luxus entfalten, der Gästen aus den sogenannten Siegenationen nicht möglich ist. Kein Franzose knallt so in unseren Fremdenorten mit den Schüssen wie die deutschen Kapitalisten.“

Das Vaterland „in Not“. So kann man es täglich in der bürgerlichen Presse lesen, die diesen Herren untertan. Daher die Notverordnung, an der sie aber wiederum Hunderte von Millionen oerblenen. Wer ist nicht mit uns Kommunisten derselben Meinung, daß diese parasitären, vollkommen überflüssigen Menschen verschwinden müssen, damit das Volk leben kann?.

# „Katastrophe oder Sozialismus“

Man schwatzt heute wieder von Erleichterungen und Verständigung. Ja, vielleicht Erleichterungen für die deutsche Bourgeoisie mit ihrem Hungerstreik gegen das deutsche Volk! Vielleicht sogar Kredite von Frankreich und Amerika! Aber diese Kredite bedeuten nichts anderes als eine Befreiung des deutschen Reiches durch das ausländische Finanzkapital.

Am 11. Juni wurden diese Sätze durch den Führer der Partei, Ernst Thälmann, kurz, markig und prägnant vor dem deutschen Proletariat ausgesprochen, zehn Tage später durch die Tatlagen bestätigt. Hoover veröffentlicht seinen Vorschlag zur Stundung der Reparationszahlungen auf ein Jahr. Und am gleichen Tage gibt die gesamte bürgerliche Presse bekannt, daß diese Erleichterungen nur der Bourgeoisie zugute kämen, daß auch nicht ein Pfennig für das hungernde Volk bestimmt ist. Im Gegenteil: auch die Sachlieferungen werden „gestundet“ oder in der Sprache der Arbeiter: Tausende fliegen aufs Pflaster.

Eindeutig und klar steht vor jedem Arbeiter, jedem Werttätigen die Frage: Katastrophe oder Sozialismus.

Genosse Thälmann entwickelt in seiner neuen Broschüre „Katastrophe oder Sozialismus“ die Auffassung der Partei zur gegenwärtigen Lage. Ohne Phrase, ohne Ueberschwang, mit einfacher, klarer, eisenharter Logik des Mannes aus dem Volke, der den Unterdrückten und Ausgebeuteten, den Blinden und Irregeleiteten den Weg zeigt, den sie gehen müssen, wollen sie nicht zugunsten einer verschwindenden Ausbeuterbande zugrunde gehen. Jeder fühlt, einer der Ihren spricht, einer, der als Führer der revolutionären Partei uns den Ausweg zeigt, einer, der das Übergewicht der Arbeiterseite erreicht, einer, der uns helfen will: der Repräsentant der Partei, die uns Führerin in dem großen Kampf um unsere Befreiung ist.

Der Zusammenbruch eines ganzen Systems von Lügen und Verprechungen wird in dieser ausgezeichneten Broschüre aufgezeigt, angefangen von der Neujahrsbotschaft Brünnings bis zu der furchtbaren Notverordnung, die Millionen Werttätige dem Hungertod preisgibt. Mit den Waffen unerbittlicher marxistischer Dialektik reißt Thälmann Stein für Stein aus dem Gebäude von Phrasen und Verprechungen dieser Hungerregierung und ihrer Knechte. Die Seifenblasen von der Klassenverbündung, der Wirtschaftsdemokratie zerplatzen und offenbar wird die verzerrte schreckliche Frage eines menschen- und profitungrigen Kapitalismus, dem Menschen nur Ware sind, mit denen man handelt und die man vernichtet. Sichtbar wird ein System, das sich einmal der Nazis und zum anderen der SPD. bedient. Der Welsch, beschützt von schwarzrotgoldenen Gummiknüppeln sozialdemokratischer Polizeipräsidenten und halentzuggezierten Meuchelmördern.

Mit Hohn und Spott überschüttet der Führer der SPD. die bankrotte SPD, die sich willig bei ihrem Lang ums goldene Kalb von dem schwarzen Szepter Brünnings diktieren läßt und damit am besten dokumentiert, daß sie zur „sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie“ geworden ist.

Diesen Weg geht die SPD. nicht. Sie sagt den Werttätigen die Wahrheit, sie zeigt ihnen den Weg und das Ziel. Die Partei der Revolution reißt den SPD.-Arbeitern die Hand zum Bündnis gegen dieses bankrotte System, gegen die Brünningsdiktatur, gegen die Auszehrung und Unterdrückung.

„Kommt zu uns, ihr werdet Schulter an Schulter mit uns den Kampf für den Sozialismus führen. Wir reichen euch die Bruderhand!“

So ruft Ernst Thälmann allen sozialdemokratischen Arbeitern zu. So spricht die Partei. Unter dieser Parole wird sich die Einheitsfront der Tat gestalten, unter dieser Losung der Bruch mit der arbeiterverräterischen SPD. vollziehen, denn jeder Arbeiter wird erkennen:

„Es gibt nur eine Partei, die mit ihren Taten zu ihren Worten steht: das sind wir, die Kommunistische Partei!“

Wenn dann der Führer im Namen der Partei das Freiheitsprogramm der SPD. entwickelt, wenn er den Ausweg aus Not und Elend zeigt, wenn er den Kampf ruft an alle Unterdrückten und Ausgebeuteten, an Arbeiter, an Angestellte und Beamte, an Kleinwerbetreibende und Kleinbauern zur Sammlung im Lager der roten Front, im Lager des Kommunismus, so wissen wir: schon morgen wird die Front geschmiedet sein, und wir werden marschieren und siegen. Und aus dem Kotzkei des werttätigen Volkes wird der Triumphgejang des Sieges von morgen unter seiner Führerin, der Kommunistischen Partei.

In Massen muß diese Broschüre unter alle Schichten der Werttätigen gebracht werden. Hunderttausende in alle Betriebe, Stempelstellen, in die Wohnungen, auf die Dörfer, in die Büros! Ausgerollt die Massen, die Zeit drängt! Reißt sofort bei allen Vorlesenden der Partei oder beim Literaturvertrieb Breslau 1, Altbürgerstraße 55.



# Brünings Bündnisangebot an Frankreich

## Die Hintergründe der Hooveraktion

Die „Rote Fahne“ schreibt über die Hintergründe der Hoover-Aktion und die Bedeutung der Brünings-Rede:

Die Rede Brünings ist ein Dokument von internationaler politischer Bedeutung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt, daß man sie „an Wichtigkeit sehr wohl mit einer Regierungserklärung im Parlament gleichstellen kann“. In der Tat enthält die Rede Brünings ein ganzes Programm der Innen- und Außenpolitik. Die innerpolitischen Perspektiven, die Brünings dem deutschen werktätigen Volk vorlegt, überrufen alle bisherigen amtlichen Äußerungen an Offenheit und Optimismus. Das Jahr 1932 wird — so erklärt Brünings — an Not und Elend die Gegenwart weit in den Schatten stellen. Auch die Einstellung der Reparationszahlungen auf ein Jahr kann an dieser Entwicklung nichts ändern. Die Regierung ist entschlossen, an ihren „harten Maßnahmen“, d. h. an der Notenverordnung und dem, was noch kommt, unerbittlich festzuhalten.

Von noch größerer Bedeutung als die innerpolitischen Ausführungen Brünings ist der außenpolitische Teil seiner Rede. Hier werden zum ersten Male von amtlicher Stelle die politischen Hintergründe, der große weltpolitische Rahmen der Hooveraktion angedeutet. Der amerikanische Imperialismus erstrebt die unbestrittene Vormachtstellung in der kapitalistischen Weltpolitik. Sein — historisch gesehen — einziger und gefährlichster Gegner ist die Sowjetunion. Daher ist Amerika auf dem Wege, die Führung der internationalen Front gegen die Sowjetunion an sich reißen. Der Hooverplan ist ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles.

Die Enthüllungen des „Daily Express“, über Amerikas Bedingungen zeigen, daß Amerika an die Anfurberung der Hooveraktion sowohl gegenüber England wie auch gegenüber Deutschland konkrete Bedingungen geknüpft hat. Die Hauptbedingung ist die Teilnahme dieser Länder an dem von Amerika geplanten internationalen Wirtschaftsblockade gegen die Sowjetunion.

Die Rede Brünings zeigt, daß die deutsche Bourgeoisie bereit ist, die amerikanischen Bedingungen um den Preis des Moratoriums zu erfüllen. In dieser Rede kündigt sich eine neue Wendung der deutschen Außenpolitik an. Das kapitalistische Deutschland wendet sich mit einer feierlichen Erklärung an den „Feind“ von gestern, den französischen Imperialismus, und bietet ihm ein Bündnis an. Das Schwergewicht der deutschen Außenpolitik beginnt sich eindeutig nach dem Westen zu verlagern. Unter dem Patronat Amerikas, das mit der Hooveraktion einen mächtigen Druck auf Frankreich ausübt, vollzieht sich auf der Grundlage des Hooverplanes und auf Kosten der Sowjetunion die seit vielen Jahren vergebens erstrebte deutsch-französische Annäherung.

Die Hooveraktion entspringt als ein Werkzeug zum Zusammenschluß der internationalen Konterrevolution gegen die Sowjetunion unter der Führung Amerikas, und das kapitalistische Deutschland soll das „Bollwerk der Ruhe und Ordnung“ auf dem europäischen Abschnitt der Antisowjetfront sein!

Brünings Regierungsorgan, die „Germania“, läßt seinen Zweifel über den politischen Sinn der Brüningsrede. Sie schreibt unter anderem:

„Es liegt bei Frankreich, nicht nur den Weg freizugeben zur Lösung eines wirtschaftlichen Problems, sondern auch den Kardinalismus die Waffen aus der Hand zu schlagen, die im geheimen auf dem Boden der wirtschaftlichen Not für eine Umwälzung aller Dinge vorbereitet werden. Frankreich hat damit auch eine kulturelle Entscheidung zu treffen; denn mit dem Bolschewismus wird die Kultur des europäischen Abendlandes ihrer Vernichtung zugeführt. So ernst ist die Stunde!“

Das „Berliner Tageblatt“ bestätigt ebenfalls diese Auffassung. Dort schreibt Günther Stein in warnendem Ton:

„Das Ziel ist Zusammenarbeit. (Aber sehen wir hinzu: auch dieses Ziel liegt in einer falschen, in einer gefährlichen Richtung, wenn die Gemeinsamkeit gegen dritte gerichtet ist, wenn hinter dem Bollwerk des einen Landes die Kanonen des anderen aufgestellt werden.)“

# Frankreich besteht auf den Youngtributen

## Briands Gegenvorschlag — Deutschland soll 612 Millionen zahlen

Paris, 25. Juni. Die französische Antwort auf den Hoovervorschlag wurde gestern der amerikanischen Regierung übermittleit. Das Dokument wird vorläufig geheimgehalten. Es soll erst am Freitag veröffentlicht werden.

Die französische Regierung „begrißt“ darin zunächst den amerikanischen Schritt und erklärt ihr grundsätzliches Einverständnis mit allen Maßnahmen, die gegen die Krise getroffen werden. Darauf verweist die französische Antwort auf die eigene Finanz- und Haushaltslage, die im Laufe des letzten Jahres schwieriger geworden sei und die Regierung verpflichtet, die ihr vorgeschlagenen Maßnahmen genauestens zu prüfen.

Vom Rechtsstandpunkt aus sei es der französischen Regierung unmöglich, auf den Youngplan zu verzichten, der fester unterzeichnet worden sei und wonach die Reparationen eine „geheilte Schuld“ darstellten. Eine Aufhebung der ungeschuldeten Zahlungen würde eine erste Verfehlung gegenüber dem Youngplan bedeuten und für die Zukunft gefährliche Nachwirkungen haben können.

Um dem Unternehmen des amerikanischen Staatspräsidenten die Hilfe „im Rahmen des Möglichen“ jedoch nicht zu verweigern, schlägt die französische Regierung ein Kompromiß vor, das zugleich die Aufrechterhaltung des Youngplans und eine Unterstreichung Deutschlands bedeute. Dieser Kompromißvorschlag geht dahin, daß Deutschland in diesem Jahre wie in allen anderen Jahren den ungeschuldeten Teil der Reparationen in Höhe von 612 Millionen Mark abliefert. Zum Unterschied von anderen

Jahren soll diese Zahlung jedoch nicht in Auslandsbörsen, sondern in Reichsmark erfolgen und außerdem an die B.Z. abgeliefert werden. Der Frankreich zustehende Teil soll von der B.Z. auf das Konto Frankreichs eingetragen werden, so daß die Form vollkommen gewahrt bleibt. Die französische Regierung ermächtigt die B.Z. jedoch zu gleicher Zeit, diese Summe dem Reich in Form einer Anleihe zur Verfügung zu stellen.

Die belgische Regierung hat sich der französischen Stellungnahme angeschlossen.

Italien macht ebenfalls Vorbehalte. Halbamtliche Äußerungen aus Amerika lassen bereits jetzt erkennen, daß Hoover den französischen Gegenvorschlag ablehnen wird.

Durch die Haltung Frankreichs, Belgiens und Italiens sind ernste Schwierigkeiten aufgetaucht. Französische Pressestimmen deuten an, daß Frankreich eventuell gegen politische Zugeständnisse zu einem Nachgeben bereit sei. Die Zeitung „Paris Midi“ fordert eine entschiedene Kursänderung der deutschen Außenpolitik in der Richtung nach Westen. Andere Blätter verlangen wirtschaftliche Pfänder (Beschlagnahme der Einnahmen aus der Reichspost oder der wichtigsten Werke der deutschen Schwerindustrie) als Garantie für die Wiederaufnahme der Youngzahlungen nach Ablauf des Moratoriums.

# Verfolgungsfeldzug gegen die K.P. Rumäniens

## Raub der Arbeitermandate bestätigt — „Besondere Maßnahmen“ gegen Kommunistenpropaganda

Bukarest, 25. Juni. Das rumänische Innenministerium hat nunmehr die Annullierung der fünf kommunistischen Mandate bestätigt. In der offiziellen Mitteilung über diese Beratung heißt es, daß in dieser Beratung auch „alle Maßnahmen zur Unterdrückung der kommunistischen Propaganda beschlossen wurden“. Danach wird sich in den nächsten Wochen der Terror gegen die rumänische revolutionäre Arbeiterschaft vervielfachen.

Wie immer geben die Sozialfaschistische Partei und ihre Presse das Stichwort dazu. Ihr „linkes“ Organ, der „Vorwärts“ (Czernowiz), schrieb am 20. Juni in einem Artikel, der versuchte, die Erregung der Massen über den Raub der Arbeitermandate aufzufangen, folgendes:

„Wir sind gewiß nicht die Verteidiger des Kommunismus. Niemand kennt die Verlogenheit und Schändlingsarbeit der Kommunisten besser als wir... Insbesondere wissen wir, daß die rumänischen Kommunisten überhaupt keine eigenen politischen oder wirtschaftlichen Parolen haben, da sie ja nur blinde Werkzeuge Moskaus sind, die ohne... Kenntnis (der tatsächlichen Verhältnisse) die Befehle der Komintern befolgen...“

Wir sind gewiß, daß die kommunistische Partei Rumäniens, deren kürzlicher Wahlsieg ihren sieghaften Kampf um die Gewinnung der Arbeiterbevölkerung für den Kommunismus dokumentierte, auch trotz der neuen Verfolgungskampagne weitere Erfolge davontragen wird.

# Berliner Vertrag verlängert

Moskau, 25. Juni. Der stellvertretende Außenkommissar Genosse Arestinski, und der deutsche Botschafter in Moskau, von Dirlsen, haben das Protokoll über die Verlängerung des am 24. April 1926 in Berlin abgeschlossenen Vertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion unterzeichnet.

Im Protokoll sprechen beide Regierungen die Absicht aus, durch Verlängerung des Vertrages die zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzuführen, deren weitere Entwicklung den Interessen beider Länder entsprechen. Sie wollen die gegenseitige Zusammenarbeit fördern und gleichzeitig zur Festigung des Weltfriedens beitragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Kündigungsfrist gelöst werden, jedoch nicht vor dem 30. Juni 1933. Wenn keine Kündigung erfolgt, bleibt der Vertrag automatisch weiter in Kraft. Das Protokoll bedarf noch der Ratifizierung.

# Neue große Sowjetaufträge

## Bereits für 150 Millionen Mark Sowjetbestellungen perfekt

Die Vergebung einer Reihe von größeren Sowjetaufträgen an die deutsche Industrie im Rahmen des Abkommens vom 14. April d. J. hatte sich verzögert, da die deutschen Lieferfirmen bezüglich der Kreditfristen bei diesen Aufträgen Schwierigkeiten machten. Es handelte sich dabei um Bestellungen von Lokomotiven, Industrielokomotiven, Dieselmotoren, Kränen, Waggonuntergestellen, Lastautos usw. Berliner bürgerlichen Blättermeldungen zufolge haben erneute Verhandlungen zu einer Vereinbarung geführt, wonach die Kreditfristen — je nach den Auftragsobjekten — in 21, 24 und 28,8 Monaten festgelegt wurden.

Nach dem letzten Stande der Auftragsvergebung der Sowjetunion sind bereits für rund 150 Millionen Mark Sowjetbestellungen perfekt geworden.

Wenn Amelia ihr Badezelt verließ, trug sie einen blauen Anellanzug und hatte ihr Handtuch über den Arm geschlagen. Sie zitterte vor Kälte und leichter Wasserseuche. Insofern hatte sie sich immer vor innerer Bewegung beteuert. Während sie über den Sand lief, hielt sie ihre Hand am Badeanzug fest. Bevor sie ins Wasser ging, sog sie tiefatmend den frischen Seegeruch ein. Schäumend rollte die Brandung ihr entgegen — sie tauchte hinein und war beim Wiederauftauchen erschreckt und nervös. Dann spie sie das Salzwasser aus. Aber wie glücklich fühlte sie sich, wenn sie aus dem Meer kam! Sie leuchtete, das Badelaken lag ihr auf dem Kopf, und sie schleppte sich unter dem Gewicht des durchnässten Badeanzuges in ihr Zelt. Dabei lagte sie unter der angenehmen, frischen Wirkung des Bades.

Donna Maria da Assumpcao hatte gleich bei ihrer Ankunft den Besuch eines jungen Verwandten bekommen. Er hieß Agostinho Brito und besuchte die juristische Fakultät der Universität Coimbra. Er war ein eleganter Bursche mit braunem Schnurrbart, kleinem Kinnbart, schönen, langen, rückwärts gekämmten Haaren und einer Wille. Er trug Berje vor, konnte Gitarre spielen, erzählte Studentengeschichten, machte Gedichte und genoss in Vieira unter den Herren Berühmtheit, weil er es verstand, sich mit Frauen zu unterhalten.

„Agostinho ist ein Schmererlöser!“ hieß es, „er spaßt mit der und spaßt mit jener — in unserer Gesellschaft gibt es nicht seinesgleichen!“ Schon in den ersten Tagen mußte Amelia bemerken, daß der Senhor Agostinho Brito sie beständig anstarrte. Amelia errötete leicht, sie spürte, wie ihr Busen sich unter ihrem Kleid bewegte. Sie bewunderte Agostinho im Grunde und fand ihn sehr zierlich.

Der Oktober ging zu Ende. Die Ferien waren vorüber. Eines Abends machte eine vergnügte Gesellschaft eine Mondscheinpromenade. Auf dem Rückweg brach plötzlich ein Wind los. Schwere Wolken verkleisterten den Himmel. Es fielen Wassertropfen. Man war aber dicht bei einem kleinen Pinienhain. Die Damen verlangten schreiend, man solle dort Schutz suchen. Agostinho, der Amelia am Arm führte, lachte laut, weil sie schon lange vor den anderen in das Dickicht gegangen waren. Unter den monoton zitternden und rauschenden Zweigen sprach er leise zu ihr. Er preßte die Zähne zusammen:

„Ich bin verrückt nach dir — verliebt — Mädchen!“  
„Ich glaube es“, flüsterte sie.  
Aber Agostinho redete plötzlich in einem schwermütigen Ton:

„Weißt du, vielleicht muß ich morgen schon abreisen —“  
„Abreisen?“  
„Vielleicht — noch weiß ich es nicht genau — — übermorgen muß ich immatrikulieren — —“  
„Abreisen!“ seufzte Amelia.  
Dann nahm er ihre Hand und preßte sie glühend.  
„Schreib mir!“ bat er.  
„Und — schreibst du mir —?“ hauchte sie.  
Agostinho umschlang ihre Hüften und preßte auf ihren Mund glühende Küsse.

„Laß mich, laß mich!“ rief sie erschöpft, befreite sich verwirrt und lief fort, um sich unter dem Regenschirm der Mama zu vertrieben.

Am andern Tage reiste Senhor Agostinho tatsächlich ab. Nach kurzer Zeit kehrten auch Amelia und ihre Mutter nach Vieira zurück.

Der Winter verging. Eines Tages erzählte Senhora Donna Maria da Assumpcao im Hause der Senhora Joaneira, Senhor Agostinho Brito habe sich vor einigen Tagen mit einem Fräulein do Bimeiro verlobt.

„Ei der Tausend!“ rief Senhora Joaquina Gansoso, „da heiratet er nicht weniger als 30 Millionen Re! Das nenne ich Glück!“  
Vor allen Anwesenden brach Amelia in Tränen aus. Sie liebte Agostinho. Sie konnte jene Küsse am Abend im dichten Pinienhain nicht vergessen. Ihr schien es, als werde sie von nun an nie mehr glücklich sein. Und wieder spürte sie das Verlangen, Nonne zu werden. Darum betäubte sie sich mit fanatischer Frömmigkeit, wie sie ihr von klein an in der Gemeinschaft mit Geistlichen eingeimpft worden war. Jeden Tag las sie Gebetbücher. Die Wände ihres Zimmers wurden mit Litographien aus dem Leben der Heiligen tapeziert. Stundenlang blieb sie in der Kirche und überhäufte die schmerzenerreiche Himmelsmutter mit Ave Marias. Jeden Tag hörte sie die Messe und verlangte jede Woche das Abendmahl. Die Freundinnen der Mutter fanden in ihr ein „Spiel“, um auch dem Ungläubigsten zur Tugend zu verhelfen.

Aber an gewissen Tagen geschah es, daß sie, wie die Mutter jagte, „welkte“. Dann plagte Amelia sie mit ihrer früheren Niedergeschlagenheit. Sie wurde blaß, und in ihren Mundwinkel zeichneten sich zwei Runzeln ein. Bald jedoch lehrte die Heiterkeit zurück und mit ihr die Luft am festlichen Gottesdienst.

(Fortsetzung folgt)

# Das Verbrechen des Paters Amaro

Copyright Neuer Deutscher Verlag — Berlin W 3

## 10. Fortsetzung

Zwei Tage lang irrte sie zerzaust und weinend durch die Zimmer. Donna Maria da Assumpcao und die Damen Gansoso kamen, um sie zu beruhigen und ihren Schmerz zu mildern. Es war gegen Anfang September. Senhora Donna Maria da Assumpcao, die ein Haus am Strande von Vieira hatte, schlug vor, Amelia und Senhora Joaneira mit in den Badeort zu nehmen. Dort werde sie ihren Schmerz in der gelunden Luft — und vielleicht schon durch den Ortswechsel — vergessen!

„Du gibst mir ein Almosen!“ flugte Senhora Joaneira. „Hier muß ich immer daran denken, wo er ging, wohin er seinen Schirm stellte — — Hierher setzte er sich, um mir beim Nähen zuzuschauen — —“

„Schon gut — schon gut — — Laß das Weinen! — Ich und trink und nimm deine Bäder — — Schließlich mußt du bedenken, daß er schon seine liebzig Jahre hinter sich hatte!“

„Oh, meine Liebe! Wahre Freundschaft muß auch über das Grab hinaus reichen...“

Damals war Amelia fünfzehn Jahre alt. Aber schon hatte sie eine große Gestalt und hübsche Formen. Für sie bedeutete die Reise nach Vieira nur Heiterkeit. Sie hatte das Meer noch nie gesehen. Deshalb wurde sie nicht müde, am Strand zu sitzen. Das ungeheure, blaue, ruhige Wasser, von Sonnenlicht überflutet, begeisterte sie manchmal glitt fern am Horizont der garte Rauch eines Dampfeschiffes vorbei. Der einförmige, rauschende Rhythmus der Brandung schlüpferte sie ein. Ringsum dehnte die funkelnde Landschaft den tiefblauen Sommerhimmel bis zum gangbaren Horizonte.

Wie lebhaft entsann sie sich dieser Zeit! Früh schon am Morgen war sie auf den Beinen. Das war die Badezeit. Die Leinwandzettel standen den Strand entlang in einer Reihe. Damen saßen auf Holzstühlen mit offenen Sonnenschirmen. Sie schauten auf das Meer und plauderten. Herren lagen in weißen Schuhen auf Bänken, rauchten Zigaretten und zeichneten Figuren in den Sand.



# Die KGBJ. an die KGD. Deutschlands!

## „Dieser Zustand darf nicht länger geduldet werden“

Die letzten politischen Ereignisse in Deutschland haben in den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten einen ebenso stürmischen Widerhall gefunden wie unter den Nichtorganisierten. Es ist natürlich und bemerkenswert, daß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern eine umfassende Protestbewegung gegen die verräterische Haltung der Gewerkschaftsverbände ausgebrochen ist, eine Protestbewegung, die zu heftiger und mit positivem revolutionären Inhalt zu erfüllen die vornehmste Aufgabe aller Kommunisten, aller Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist. Darum betonte das Plenum des Zentralkomitees der KGD. vom 14. und 15. Mai 1931 in seinen Beschlüssen als dringlichste Aufgabe:

„Als unerlässliche Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgaben (Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen den Ausplünderungs- und Unterdrückungsflug der herrschenden Klasse, d. R.) eine tatsächlich gesteigerte, intensive systematische und andauernde Oppositionsarbeit in den reformistischen und christlichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbänden, um die Massen der fast 7 Millionen in diesen Gewerkschaften Organisierten für die revolutionäre Einheitsfront zu gewinnen.“

Die bisherigen unverzeihlichen Schwächen auf diesem Gebiet unserer Massenarbeit haben zu einem großen Tempoverlust geführt. Diese Versäumnisse sind mit ein Hemmnis für die erfolgreiche Durchführung von Wirtschaftskämpfen.

# An das Reichskomitee der KGD. Deutschlands!

Werte Genossen!

Ihr wißt, daß wir die allgemeinen Erfolge eurer Arbeit in vollem Maße anerkennen. Gleichzeitig betrachten wir es als unsere Pflicht, zu betonen, daß die nähere Prüfung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland bestätigt hat, daß ungeachtet wiederholter Anweisungen der leitenden Organe der KGBJ. über die Notwendigkeit der Steigerung der Arbeit in den reformistischen und den anderen reaktionären Gewerkschaften, diese Arbeit seit dem V. KGBJ.-Kongress sich nicht nur nicht gesteigert, sondern im Gegenteil noch vermindert hat. Dieser Zustand darf keinesfalls länger geduldet werden.

## Falsche und gefährliche Anschauungen

Im Zusammenhang damit, daß fast in allen Industriezweigen und im Ausmaß des ganzen Landes eine Gewerkschaftsopposition geschaffen ist, und daß in einigen Produktionszweigen, in einigen Bezirken revolutionäre Verbände geschaffen werden, machen sich in Funktionärskreisen der KGD. Stimmungen geltend, daß die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften ein überwundenes Stadium sei, daß man jetzt die Aufmerksamkeit einzig und allein auf die Organisierung der neuen Verbände konzentrieren müsse.

Diese Stimmungen müssen auf eine entschiedene Zurückweisung stoßen. Solche Anschauungen sind falsch und gefährlich, sie müssen für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sehr schwerwiegende Folgen haben.

Wir haben in Deutschland eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bisher etwa 250 000 Mitglieder umfaßt und daneben reformistische und christliche Gewerkschaften, die 5-6 Millionen Mitglieder zählen. Dürfen wir auch nur für einen einzigen Augenblick die ungeheure Rolle verpassen, die diese Millionen spielen? Dürfen wir auch für einen einzigen Augenblick aus dem Auge lassen, daß diese Millionen von Arbeitern, sobald unter ihnen revolutionäre Arbeit geleistet wird, zu Mitgliedern unserer Organisation werden können?

Die bedeutende Mehrheit der Mitglieder der reaktionären Verbände können in der Zukunft zu Vorkämpfern der Sache der Diktatur des Proletariats werden. Daraus, daß sie gegenwärtig noch nicht mit uns zusammengehen, folgt noch nicht, daß sie stets gegen uns sein werden. Die Vorgänge in Deutschland zeigen den Arbeitermassen, wohin die Sozialdemokratie die Arbeiterklasse führt.

Unsere Aufgabe ist es, überall zu arbeiten, wo nur Arbeiter vorhanden sind und auch nicht für einen einzigen Augenblick zu vergessen, daß die reformistische Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften in Streikbrecherorganisationen verwandelt hat, daß jeder Streik, jede Aktion der Arbeiterklasse auf den Streikbruch der reformistischen Gewerkschaften stößt.

Die Streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie kann man nur zerbrechen, wenn man ihr den Boden entzogen, die Arbeiter erobert hat, auf die sich die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbürokratie noch stützen.

## Um jeden Arbeiter kämpfen

Wir müssen um jeden Arbeiter kämpfen, wo er sich auch befindet, welcher Organisation er auch angehören möge. Ganz besonders nahe muß der Kampf dann sein, wenn es sich um Millionen von Arbeitern handelt. Das Nachlassen der Arbeit in den Gewerkschaften reflektiert offen bei einigen Genossen aus der

Die systematische Vertiefung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften ist aufs engste verbunden mit der ausstiegender politischen und organisatorischen Arbeit der KGD.“

Diese harten und klaren Worte, dieser Appell an die Parteimitgliedschaft wird jetzt durch den bedeutungsvollen Brief unterstützt, den das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale an das Reichskomitee der KGD. gerichtet hat. Auf Vorschlag der Delegation des Pol-Büros der KGD. auf dem 11. C.K.R.J.-Plenum ist dieser Schritt der KGBJ. erfolgt.

Es darf keinen Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsbewegung geben, der dieses Dokument nicht Satz für Satz studiert und sofort seine ganze Kraft auf diesen schwachen Frontabschnitt der Gewerkschaftsarbeit konzentriert. Keine Entschuldigung mit dem Terror in den reaktionären Gewerkschaftsverbänden und der Beseitigung aller Demokratie in ihnen. Gewiß, der Terror und die Bonzendiktatur sind vorhanden. Aber damit haben die Klassenbewußten Arbeiter eben zu rechnen, und dieses Willkürregiment ist kein Entschuldigungsgrund für den Verzicht auf eine unumgängliche notwendige revolutionäre Arbeit, die neben der Schaffung der selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen geleistet werden muß.

Nie waren die Massen in den Gewerkschaften der revolutionären Argumentation zugänglicher denn heute, nie also die Situation günstiger als jetzt. Vorwärts! In die innergewerkschaftliche Arbeit!

falschen Fragestellung: „Entweder Festigung der KGD. und Schaffung neuer Verbände oder Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften.“

Diese Einstellung der Passivität im Verhalten zur Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften — daß wir dort nichts zu tun haben, sobald wir eigene Organisationen besitzen — ist auch durch die Schwierigkeiten hervorgerufen, die die Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften bereitet. (Die Reformisten erschweren den Anhängern der Gewerkschaftsopposition das Auftreten in Versammlungen und Konferenzen, ernennen die gewählten Funktionäre durch ernannte, schließen einzelne Anhänger der Gewerkschaftsopposition und ganze Organisationen aus den Verbänden aus usw.) So denken offenbar die Genossen, die die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften vernachlässigen. Zu welchen Konsequenzen das führt, zeigt die Tatsache, daß 1500 Kommunisten, Mitglieder des reformistischen Metallarbeiterverbandes von Berlin, fast keine Arbeit leisten. Gegen derartige Auffassungen muß man sofort einen entschiedenen Kampf einleiten.

Die Festigung und Entfaltung der KGD. darf keineswegs unserer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften entgegengesetzt werden. Das eine wie das andere ist notwendig.

Ohne eine zähe, systematische und nachdrückliche Arbeit innerhalb der reformistischen und sonstigen reaktionären Verbände werden wir die KGD. nicht in eine Massenorganisation verwandeln, werden wir nicht in unseren Verbänden Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern vereinen können. Dies muß jedem revolutionären Arbeiter klargemacht werden. In diesem Sinne muß man auch entschiedene Maßnahmen durchführen.

Die negativen Auswirkungen der Unzulänglichkeit unserer Arbeit in den reaktionären Verbänden beeinflussten auch die Vorbereitung und Durchführung der in der letzten Zeit stattgefundenen Wirtschaftskämpfe, insbesondere den Streik der Metallarbeiter in Berlin und den Streik der Ruhrbergarbeiter (Januar 1931).

Die Vernachlässigung der revolutionären Arbeit in den reformistischen und sonstigen reaktionären Verbänden trägt einen opportunistischen Charakter. Die wichtigsten Ursachen der Schwäche unserer Arbeit in den reaktionären Verbänden sind folgende:

## Die wichtigsten Ursachen

1. Der rechte Opportunismus, der sich noch in einigen Organisationen der KGD. äußert und zwar in Ge-

# Die Klassenjustiz wütet!

## Die Rote Hilfe

stellte Rechtsanwälte in politischen Prozessen:

im 1. Halbjahr 1928 in 528 Prozessen  
im 1. Halbjahr 1929 in 890 Prozessen  
im 1. Halbjahr 1930 in 2388 Prozessen  
im 1. Halbjahr 1931 in 4530 Prozessen

Das heißt: Verzehnfachung des Justizterrors

Heraus zu den Kampftagen gegen Klassenjustiz!

Sammelt! Werbt!

stalt a) von Furcht, Kämpfe entgegen den sozialfaschistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokraten zu führen, um den Gewerkschaftslegalismus nicht zu verlieren, b) von Kapitulation vor dem Terror der Faschisierung des Verbandsapparates und von den wachsenden Schwierigkeiten der Arbeit in den reaktionären Verbänden, c) Passivität bei einem Teil der Funktionäre der KGD. in der Durchführung der revolutionären Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften.

2. Einseitiger Stimmungen und Abneigungen, die bei einem Teil der Funktionäre der KGD. noch verbreitet sind und darauf hinauslaufen, daß eine Arbeit innerhalb der reaktionären Verbände keinen Nutzen habe, da die Mitglieder dieser Gewerkschaften sich faschisiert, in Streikbrecher verwandelt haben, kleine Jürgel sind, die sich von ihren Führern nicht unter-

## Die Erntestreiks der Landarbeiter

gegen die Beseitigung jeglichen Barlohnes sind zugleich wirksame Kämpfe

gegen Junkerfrechheit und Faschismus

Die Arbeiter aus den Städten müssen den Landarbeitern zu Hilfe eilen. Jede Zelle in ihre Patenschaft!

scheiden, an den Interessen der Arbeiterklasse Verrat üben und ähnliche falsche „links“ sektiererische Theorien, um die eigene Passivität und Unlust, unter den Mitgliedern der Massenverbände tätig zu sein, zu rechtfertigen. Diese „links“ sektiererischen Theorien führen u. a. dazu, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nicht genügend die Bewegung unter den unzufriedenen Mitgliedern der reformistischen und sonstigen reaktionären Verbände, deren Unzufriedenheit mit ihrer materiellen Lage auszunutzen verstehen.

3. Die falsche Auffassung, daß zur selbständigen Vorbereitung und Führung von Wirtschaftskämpfen die Heranziehung der Mitglieder der reformistischen und christlichen Gewerkschaften nicht unbedingt und sogar nicht möglich sei. Vorbereitungen zu diesen Kämpfen wurden auch innerhalb der Verbände aller übrigen Richtungen nicht betrieben. Diese Vorbereitungen müssen darin bestehen, daß innerhalb der Verbände der entsprechenden Industriezweige, wo Kämpfe vorbereitet werden, die gleichen Forderungen proklamiert und aufgestellt werden, wie sie die Gewerkschaftsopposition und die roten Verbände bei Kampfaktionen aufzustellen pflegen. Agitation und Propaganda unter den Mitgliedern der reformistischen und der sonstigen Verbände zugunsten dieser Forderungen.

4. Falsche Gegenüberstellung unserer Aufgaben auf dem Gebiete der Organisierung einer selbständigen, revolutionären Gewerkschaftsbewegung, Schaffung von KGD.-Gruppen und roter Verbände und revolutionäre Arbeit innerhalb der reaktionären Verbände. Der V. KGBJ.-Kongress beschloß, daß bei Durchführung der Beschlüsse auf die Schaffung einer selbständigen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austritts der Anhänger der KGBJ. aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist.

## Umfassende, revolutionäre Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften

All dies führt in der Praxis zu einem opportunistischen und sektiererischen Verzicht auf einen Kampf um die Massen, die den sozialfaschistischen Führern noch Gehorsamkeit leisten und von uns um jeden Preis erobert werden müssen.

Das Vollzugsbüro der KGBJ. ersucht das Reichskomitee der KGD. die Frage der revolutionären Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften in einer ihrer nächsten Plenarsitzungen zu beraten, Hinweise in alle seine Sektionen, Betriebsgruppen, an alle Funktionäre zu erteilen, damit sie innerhalb der reformistischen Gewerkschaften eine revolutionäre Arbeit entfalten, damit sie einen entschiedenen schonungslosen Kampf gegen zwei Fronten führen, gegen den rechten Opportunismus und das linke Sektierertum, gegen die Stimmungen der Passivität und der Apathie, um innerhalb der reaktionären Gewerkschaften eine umfassende, revolutionäre Arbeit zu leisten.

Bei der Durchführung ihres Programms und des Sturmpfandes, bei der Werbung neuer Mitglieder für die KGD. und die selbständigen Verbände, bei der Schaffung neuer Verbände, wo diese Frage reif ist, muß die KGD. streng darauf achten, daß nicht Teile ihrer Anhänger diese Tätigkeit der Arbeit in den reaktionären Gewerkschaften gegenüberstellen. Jedes KGD.-Mitglied muß begreifen, daß gerade die Steigerung der innergewerkschaftlichen Arbeit in den reaktionären Verbänden ein unzerstörbares Teil der Gesamttätigkeit der KGD. sein muß.

Moskau, 10. Juni 1931.

Mit revolutionärem Gruß

Vollzugsbüro der Roten Gewerkschaftsinternationale